

Rechtsgeschichtliches aus Urkunden bernischer Wasserwerke [Fortsetzung]

Autor(en): **Geiser, Karl**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für schweizerisches Recht = Revue de droit suisse =
Rivista di diritto svizzero = Revista da dretg svizzer : Halbband II.
Referate und Mitteilungen des SJV**

Band (Jahr): **32 (1913)**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-896528>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Rechtsgeschichtliches aus Urkunden bernischer Wasserwerke.

VON KARL GEISER.

(Fortsetzung von Band XXX.)

Aus dem Fürstbistum Basel.

Über das Wasserrecht des ehemaligen Fürstbistums Basel ist verhältnismässig viel mehr geschrieben und gedruckt worden, als über dasjenige des alten Kantonsteils. Einzig die gedruckten Gutachten über die Lochmühle bei Bözingen, die bei Anlass eines Prozesses der Herren F. Blösch, Neuhaus & Cie gegen die Einwohnergemeinde Biel eingeholt wurden, würden zusammen einen stattlichen Band ausmachen. Auch eine Reihe von anderen Prozessen haben eingehende Erörterungen notwendig gemacht, die teilweise gedruckt worden sind.

In allen diesen Fällen handelt es sich aber um Prozessschriften, die sich auf den einzelnen Fall beziehen, während eine Gesamtübersicht der historischen Entwicklung noch ganz fehlt. Eine solche lässt aber das Typische der Rechtsverhältnisse viel klarer hervortreten, während man sich hüten muss, das was für einen bestimmten Ort und eine bestimmte Zeit zutreffen mag, als allgemein gültig und bleibend hinzustellen.

Wenn ich den Versuch wage, die geschichtliche Entwicklung des Wasserrechtes im Jura wenigstens in ihren Grundzügen darzustellen, kann ich dies nur tun, weil mir Gelegenheit geboten war, nicht bloss die Akten des ehemaligen fürst-bischöflichen Archivs, sondern auch zahlreiche Urkunden aus Privatbesitz zu benutzen.

Für die Zeit vor 1500 haben wir wohl die gedruckte Urkundensammlung von Trouillat, aber die Ausbeute für unseren Zweck blieb sowohl dem Umfang als der Bedeutung nach weit hinter den Erwartungen zurück. Dagegen bieten vom 16. Jahrhundert an besonders die Lehenbücher Gelegenheit, die Rechtsverhältnisse der einzelnen Wasserwerke zu verfolgen. Dazu finden sich oft auch noch in den Verwaltungsakten willkommene Ergänzungen.

Wald, Weide, Wasser und Erz sind es, die der Wirtschaftsgeschichte des Jura das besondere Gepräge verleihen. Dabei spielt das Wasser eine grössere Rolle, als man nach Bodenbeschaffenheit und Klima vermuten sollte. Aber gerade der Umstand, dass es überhaupt nicht im Überfluss vorhanden ist, und nur an ganz bestimmten Stellen wirtschaftlich ausgenützt werden kann, hat dessen Wertschätzung erhöht und schon frühe gelehrt, damit richtig zu haushalten. Wir können es deutlich verfolgen, wie bei der Ansiedelung die Flussläufe, besonders der Birs, Sorne und Schüss, bevorzugt wurden, wie dort die Ansiedler von allen Seiten zuströmten, während die Bevölkerung auf den wasserarmen Hochplateaus noch lange eine sehr spärliche blieb. In den Lehenbüchern spielen die Verleihungen von Wasserwerken oder Wasserkraften geradezu eine Hauptrolle, und zwar gilt dies nicht nur für die Lehenbücher des Fürstbischofs, sondern auch für diejenigen der geistlichen Stiftungen von Bellelay, Moutier-Grandval, St. Ursanne und Lützel.

Denn, es soll dies von vorneherein ausdrücklich hervorgehoben werden: wenn auch der Fürstbischof über die Mehrzahl der Wasserläufe verfügte, ist dies doch kein Recht, das ihm als Landesherrn ausschliesslich zustand. Als Beweis hiefür mögen die beiden nachfolgenden Lehenbriefe dienen, die von den geistlichen Stiftungen von St. Ursanne und Bellelay ausgestellt wurden.

Lehenbrief um die Mühle zu Bözingen, d. d. 1544.

Wir Johans von Göttlicher Verhencknuss Abt und der Convent gemeynlich des Gotts Hus Bellelee Basler Bystumbs, thund kund allermenglich und bekennen offenlich mit disem brief, das wir samenthaft und einhelligklich mit gutem wolbedachtem Rath und rechtem Wissen, umb gemelts unseres Gotts Huses bessern nutzes und nodturft willen für uns und alle unsers Gotts Huses Nachkommen, zum kreftigsten und bestentlichsten aller geystlicher und weltlicher gerichteten und Landts-gewohnheiten gelichen und verlichen haben, lichen und verlichen also recht und redlich in kraft diss briefs zu einem steten beständigen ewigen und iemerwährenden erb und Erblehen, dem Erbaren Bendicht Bratsche gesässen zu Böxingen und allen sinen erben Mannens Stammens: Mitnamen unser Müly, die hievor Bendicht Manj Burger zu Biel besessen, und vor jm Jacob Sager jngehept hat, mit sampt der Ryben daselbst, wie er die dann wissentlich und wolbedachtlich mit dheinen gevärden oder betruglichkeiten jngefürt, sonder freys eygens und guts willens von uns bestanden hat, mit allen jren eygenschaften, Rechten, gerechtigkeiten, begriffen, geschirren, zugehörungen, alles gelegen zu Böxingen, Byeler Herrschaft. Und haben also dem vermelten Bendicht Bratsche und sinen erben Mannens Stammens solich Müly und Ryben jn ewig erblehens Wys gelichen mit dem Wasser, Wasser-Runs und sunst mit aller ehafte, Rechtsame und zugehörde, so wir darauf haben, davon nützit usgenommen noch vorbehalten. Also und solicher mass, das er und sine erben Mannens Stammens sollen und mögen solich Müly und Ryben mit jren eygenschaften als obstat, als jr recht bestanden erblehen fürohin jnhaben, nutzen, bruchen, nyessen und besetzen sollen und mögen, doch die sampt noch sunders on unser, unserer Nachkommen gunst wüssen willen und verwilligung nit verkouffen, versetzen, verendern, zertrennen, sonder also by und miteinander aller dingen unbschwert unverpfandt und unbeladen, ouch keyn Nüwrunge daruf khomen lassen. Sy sollen ouch die genanten Müly und Ryben allwäg mit jrem begriff und geschirren jn rechtem, redlichem, guten, gewonlichen und wesentlichen buwen und ehren halten und haben, mit sampt dem tych, Wasser-betten, Redern und Mülysteinen und ir zugehörungen und allen andern dingen, wie die genempt werden sollen oder mögen, so zu vorberüeter Müly und Ryben nodturftig ist oder sin mag, davon nützit usgenommen noch hindangesetzt, und allzytt frey wolgerust und unprästhaftig halten vor allem abgang, ouch die armlüt und die darjnn

malen werden by gewonlichem mess zugeben, und by altem Harkommen beliben lassen, und daruber nit tringen, damit dhein clag von den gemeinen Mann noch sunst von Jemandt khommen werde, und dass alles jn sinem und siner erben Mannes Stammens eygnen costen, und an unser schaden noch engeltnuss. Dessglichen so dick die vermelten Herren, Apt zu Bellelee, oder der müller oder besitzer derselben Müly und Ryben abgand, und sich die Hand zu beyden syten verendert, so sollen di erben Mannens Stammens die gedachte Müly und Ryben widerumb von den Aepten empfaen, alles nach Landtsbruch, und jnen zechen Schilling zu rechtem Erschatz oder Reprise geben on widerred, und sollen gedachten Bendicht Bratsche und sinen Erben Mannens Stammens gedachte Müly und Ryben jnhaben und besitzen wie obstat, als lang jr erben Mannens Stammens wehrt, und knaben vorhanden sind. Wo aber sach were, das die knaben und Mannens Stammens gantzlich abgienge, als dann haben wir Apt und Convent obgenant us besonder Fründtschaft nachgelassen und bewilligt, das jn solichem faal die töchtern von jnen eelich geborn, mögen und sollen genante Müly und Ryben erben, besitzen und in vorgeschribner gestalt inhaben und nutzen und nit ee noch darvor jn dheinen wäg. Und ist soliche Lichenschaft der vermelten Müly und Ryben beschehen als umb dry fiertel gut Müly korn, by Bieler mess, so der selb Bendicht Bratsche und sin erben von der obbestimpten Müly jerlichen uff Sant Martins tag geben, dessglichen von der Ryben fünf und fünfzig Pfund schwer ungeriben Werchs verzinsen sollen, und das alles in unser Hus und Spycher zu Byel ze wären und antwurten jn jren eygnen costen, und on unsern schaden noch engeltnuss. Und were es, das sy in eynichen oder mehr stucken hierjnn begriffen, verbrochen und nit hielten wie vor geschriben stat, so sollen die vorgemelten Müly und Ryben uns, unsern Nachkommen und Gotts Huses erblich und ewiglich verfallen sin. Und damit soll alldan dise Lichenschaft gantz kraftlos sin, on Jemandts Intrag noch Widerred, und darnach dieselb Müly und Ryben andern lüt lychen nach unserm Wolgefallen. Und haruff so haben wir obgenanter Abt zu Bellelee gelopt und geloben jn diesem brief für uns und all unser nachkommen by unsern wiriden und guten trüwen dise Lichenschaft und was vor und nach an disem brief geschriben stat, war, vest, stet und unverbrochentlich zu halten, sonders ouch alle diewyl der obgenant Bendicht Bratsche und sin erben die vermelte Müly und Ryben jn guten Eeren halten und den zins jerlichen usrichten wie obstat, so sollend und wellend wir jnen umb obgedachte lichenschaft gut und vollkommen wärschaft.

tragen wider allermengklichen wie Recht ist, alles in unserem Gottes Huses eygnen costen. Mit wüssentlicher Vertzichtung aller gnaden, Fryheiten, Privilegien, Statuten, Satzungen, Dispensätzen, gerichteten und Rechten, uszügen, fünden und geverden, und gemeynlich alles das so uns oder unser nachkommen hiewider zethunde dheins wägs behelfen oder beschirmen möcht, und sunderlich ouch des Rechtens so ein gemeyn Verzychung widerspricht on einer sunderbaren Vorgang, alle gevärd vermiten in Kraft diss briefs, den wir zu warem vesten Urkhund haben mit unserm Prelatur und ouch mit unser gemeynem Convents Insigel bewaren lassen und aller vorgescribnen sachen halb wüssentlich zu übersagende, der geben ist uf den vyerdten tag wynmanodes nach Christi unsers erlösers geburt getzalt thusent fünf hundert und in vyer und vyertzigstem Jar. (Lehenbuch von Bellelay, pag. 242.)

Diese Mühle war ursprüngliches freies Eigen gewesen und wurde am 27. Mai 1281 als solches von den Brüdern Peter und Thomas Wolf von Biel dem Kloster St. Alban in Basel verkauft und von diesem am 27. Dezember 1405 tauschweise dem Kloster Bellelay übergeben.

Lehenbrief um die Mühlen zu Ocourt, d. d. 1614, erneuert 1744.
Moulin à Ocourt.

Reconnaissance de Jean Henry Grillon fils de Nicolas Grillon de Saint Ursanne au present possesseur et tenementier du Moulin d'Ocourt.

Notoire et manifeste soit à tous, que par devant Nous Commissaires et Renovateurs prementionnés est comparu estant cité Jean Henry fils de Nicolas Grillon bourgeois de Saint Ursanne, au present possesseur et tenementier des Moulins d'Ocourt, lequel pour luy, ses hoirs, successeurs, et de luy ayans cause à l'advenir possesseurs et tenementiers desdits Moulins, a reconnu et confessé par serment à luy enjoint par nous en vertu de nostre dite Charge et Commission, estre entenu et redevable à l'avant dit reverend Chapitre de Saint Ursanne la Cense et rente annuelle et perpetuelle de seize penaux froment mesure du dit Saint Ursanne, à rendre et payer et délivrer chascun an, sur un chascun jour de feste Saint Martin d'hyvers audit Saint Ursanne desoub les Cloches à ses frais, missions, journées et dépends en bonne graine, léale, et marchande; item chascun an audit jour une demie livre de cire bonne et léale, et ce autre et par dessus cinq sols de cense fonciere annuelle

et perpetuelle, payable chacun an au jour et terme que dessus, avec charge de remise et reprise, selon les Coutumes de l'Eglise, de dix sols. Et sont lesdites Censes tant graines, cire, qu'argent, tant à cause du Moulin d'Ocourt situé sur le Doub proche le Ron, que a cause du petit moulin qu'estoit cy devant bastit au village d'Ocourt, que fü Dedier Choullat tenoit et possedoit, et acquit par ledit Reconnoissant, lesdits Moulins par la Remise en faite auxdits Sieurs de Chapitre par George Bassand bourgeois de Pourrentruy, et represté audit Reconnoissant comme du tout on appert et à voir au livre des Reprises desdits Sieurs aux feuillets 263 et 264 et sont assignés lesdites Censes et rentes sur les avantdits Moulins et Ribbes.

Laquelle Reconnoissance a été faite audit Saint Ursanne en la Maison desdits Sieurs de Chapitre le vint et huitième jour du mois de juin en l'an mille six cent et quatorze, presents honn: Ursanne Choullat Mayre, Jean Henry et Constantin Choullat tous dudit Ocourt tesmoins.

Signé en Original F. Bassand not: J. Girardin.

Extrait du livre des Reconnoissances de François Bassand et Jean Girardin notaire, litt. D: num. 4^a. fol. 48 sans changement à St. Ursanne le 16 feuvrier 1744 par (sig.) F. H. Chevillat, not. (Aus dem „livre des fiefs des Moulins et Cours d'Eau de l'Eglise Collégiale de St. Ursanne 1340—1775, pag. 93—95.)

Weitere Beispiele dieser Art würden zu vielen Dutzenden anzuführen sein.

Dass sogar am nämlichen Wasserlauf, in ein und derselben Ortschaft die Verfügungsgewalt geteilt sein konnte, lässt sich am deutlichsten bei den Wasserwerken nachweisen, die gleich unterhalb der Birsquellen bei Tavannes entstanden, und wo noch im 16. Jahrhundert bei den Verleihungen und dem Bezug der Einkünfte die Stiftungen von Moutier-Grandval, Bellelay, ein adeliger Lehensmann des Bischofs von Basel und schliesslich noch die Berner Familie von Wattenwyl miteinander konkurrierten. Ja, wir finden sogar bei einer und derselben Mühle eine Dritteilung der Abgaben. Die nachfolgende Urkunde vermag einen deutlichen Beweis zu liefern, wie verwickelt die Rechtsverhältnisse sein konnten.

Lehenbrief um die Mühle zu Tavannes, vom 14. September 1548.

Noble escuyer Jehan de Thavanne seigneur de Montvouhay et de Bervelz et demeurant au Pourraintruy, lequel pour luy ses hoirs successeurs et les ayans cause de luy ayt laisser prester admodier et accenser et par les presentes lettres laisse preste admodie et accense a honorable homme Claude Jehan Richard Faveroy de Thavanne present retenant et admodiant pour luy ses hoirs et les ayans cause de luy ou temps advenir assavoir ung molin bapteur et court deau, séant enmy la ville dudit Thavanne, le communal tout allentourt, sus l'eau que part de la fontaine de Pierre Pertuis qui passe par ledit lieu dudit Thavanne, lequel court d'eau ledit escuyer laissant tient de fied de reverend pere en dieu et seigneur Monseigneur Monseigneur de Basle, et est estez faite ladite presente admodiation pour le temps et terme de vingt ung ans vingt et une rente payants. Et ce pour la rente et cense annue et perpetuelle de cinq bichots forment bonne et souffisante graine de mousture, mesure de Mostier Grandvaux, vingt quatre libbrez de cheneve ensemble et avec ung formaige gray bon et souffisant leaul et marchampt a la pessanteur de douze livres a rendre et payer doiresenavant chacun an par ledit retenant ou sesdits hoirs ladite rente dudit bichotz forment ensemble et avec lesdits vingt quatre livres de cheneve avec ledit formaige susdit ung chacun an a ung jour de feste saint Martin divers assavoir ledit formaige telz que dessus rendre audit Pourraintruy, Et payera la premiere Rente ou cense audit jour de feste saint Martin d'ivers prochainement venant, et consequamment de feste en feste saint Martin suyvant l'une l'autre perpetuellement durant ledit present prest. Et est assavoir quilz en vient dicelledit Rente dudit bicholz forment avec lesdits vingt quatre livres de cheneve à ung seigneur abbey de Bellelay douze penaux forment, telz que dessus et douze livres de cheneve es seigneurs de Vatvillers de Berne six penaux forment six livres de cheneve, et la Rests audit seigneur laissant, qu'est six penaux forment, six livres de cheneve et lesdits douze livres de formaige gray telz que dessus, promettant ledit retenant susdit pour luy sesdits hoirs, ledit molin et batuz court d'eau conduire et maintenir dedans et dehors ensemble avec toute l'apartenance dudit molin et batuz coment dict est a bon et dehuz estat et a dict et cognoissance de gens ad ce coignoissant, et ledit seigneur laissant conduire et gairantir envers et contre tous etc. Oblig. etc. vuill. etc. submett. etc. renunc. etc. Faist audit Pourraintruy le quatorzième jour du mois de septembre l'an mil cinq cens

quarante huit. presens Richard Baral, bourgeois de Pourrantruy es Jehan Parratman de Fontenoy tesmoing etc. (signé par le notaire:) ? Blareux? pour la part dudit seigneur laissant. (Nach dem Original im fürstbischöflichen Archiv.)

Eine Teilung der Rechte an dieser Mühle lässt sich bis in die Mitte des 13. Jahrhunderts zurückverfolgen, indem die Abtei Bellelay die Hälfte davon im Januar 1258 von Richard von Biel durch Kauf an sich bringt (Trouillat I, Nr. 457). Von 1571 an vergibt der Fürstbischof seinen Anteil direkt als Erblehen, und die Einheit wird erst im Jahre 1773 hergestellt, wo sämtliche Rechte durch Vertrag und Tauschbrief an Bellelay übergehen.

So verwickelt lagen die Verhältnisse nun freilich nicht überall. Aber auch in der Stadt Biel hatte z. B. im 16. Jahrhundert jedes einzelne Wasserwerk seine besondere Rechtsstellung.

So finden wir eine Mühle (jetzt Fritz Hanauer gehörend) als Eigentum der Stadt Bern und von dieser als Erblehen vergeben. In der ältesten Urkunde, die uns über diese Mühle erhalten ist, vom 31. Oktober 1348, ist sie als ein freies Eigen des Grafen Rudolf von Nidau bezeichnet und wurde von ihm als Erblehen vergeben. Am 29. Januar 1351 verkaufte er sie dem Kloster Gottstatt. Diesem gehörte die „Eigenschaft“ bis 1528, wo sie durch Säkularisation an die Stadt Bern gelangte. Das Erblehensverhältnis fand erst durch den Verzicht der bernischen Regierung vom 13. Juli 1843 nach erfolgtem Loskauf sein Ende, hat also die Stürme der französischen Revolution überdauert.

Von den beiden Mühlen, die der Ritter Rudolf Hofmeister, Schultheiss der Stadt Bern, vom Bischof von Basel zu Mannlehen hatte, versetzte er die eine im Jahre 1443 der Stadt Biel, die ihm für ein Anleihen Bürgschaft geleistet hatte. Um die Mitte des 16. Jahrhunderts trug sie ein Hans Zofinger vom Fürstbischof von Basel zu Erblehen. Dieser Zofinger wurde durch die Brüder Niklans und Josef Sahli ausgekauft und diese erscheinen im

Urbar von 1568 als Lehenträger des Bischofs um: „Müli und Mülihofstatt, sampt der Rybi, auch Stampfe und Schlyffe, so nüwlich dazu gemacht ist, gelegen in der Stadt Biel, uff dem Wasser unden am Spital, mitsampt dem fryen Wasserruns.“ 1664 war diese Mühle vereinigt mit einem grösseren adeligen Lehen, dessen Inhaber die Thellung von Biel bis zur französischen Invasion am Ende des 18. Jahrhunderts waren.

Die andere Mühle, für die der Schultheiss Hofmeister im Jahre 1424 einen Mannlehenbrief erhielt, wurde von ihm am 14. März 1436 als Erblehen weiter vergeben. Offenbar sind aber die Lehensverhältnisse später abgelöst worden, denn in den folgenden Jahrhunderten wird die Mühle immer als ganz freies Eigen ohne Beschwerung durch Lehenzinse oder Abgaben angeführt.

Diese Beispiele mögen genügen, um die Mannigfaltigkeit der Rechtsverhältnisse darzutun. Es geht daraus hervor, dass von einer einheitlichen Regelung durch den Fürstbischof ursprünglich keine Rede sein kann und dass es durchaus unrichtig ist, wenn man behauptet, die Verfügungsgewalt des Fürstbischofes sei schon vom 15. Jahrhundert an als Hoheitsrecht oder als Regal zu betrachten. Schwieriger aber als der Nachweis der Verschiedenheit ist der Versuch, eine genügende Erklärung dafür zu geben.

Wie ich glaube, muss man hiebei auf die alten Volksrechte der germanischen Stämme, deren Grundsätze teilweise in das Landrecht übergegangen sind, zurückgreifen. Es scheint deshalb notwendig, diese hier in Erinnerung zu rufen. Sie lassen sich z. B. nach der Lex Alamannorum folgendermassen wiedergeben.

1. Wenn jemand eine Mühle oder eine Stauvorrichtung im Wasser errichtet, soll er es auf eine Weise tun, dass niemanden daraus Schaden erwächst.

2. Wenn jemand über das Grundeigentum auf beiden Ufern des Gewässers verfügt, hat er auch die Verfügungsgewalt über die Nutzung des Wassers.

3. Wer nur auf einem Ufer eines Gewässers Grundeigentum hat und ein Wasserwerk errichten will, hat entweder auch die Grundstücke auf dem andern Ufer zu erwerben oder sich mit deren Eigentümer abzufinden.

4. Für allen Schaden, den eine Aufstauung des Wassers zur Folge haben kann, ist derjenige verantwortlich, welcher das Wasserwerk errichtet.

5. Schädliche Werke sind wieder zu zerstören..

Diese Grundsätze haben Geltung behalten für alle Gewässer oder Gewässerstrecken, soweit sie unter landrechtlicher Gewere standen, und durch Jahrhunderte hindurch lässt sich verfolgen, dass mit freiem Eigen regelmäßig auch die Nutzung des darin entspringenden oder durchfliessenden Wassers übertragen wurde. Auch im Fürstbistum Basel erfolgen solche Übertragungen mit der Formel „cum aquis aquarumque decursibus“, mit Wassern und Wasserrunsen, „avec le cours d'eau“.

Beispiele dafür lassen sich bis an das Ende des 18. Jahrhunderts verfolgen. Dabei handelt es sich aber nie um größere Gebiete, sondern nur um einzelne Grundstücke oder Wasserwerke, die Allod, freies Eigen geblieben sind und demgemäss zu dem Rechtskreis des Landrechtes gehören.

Diesem Rechtskreis wurden aber schon sehr früh alle diejenigen Gebiete entzogen, wofür das „adelige Lehenrecht“, wie es im Jura genannt wird, d. h. das Recht der Dienstmannen des Bischofs von Basel, gleichviel ob freien Standes oder Ministerialen, massgebend war.

Dieser zweite Rechtskreis hatte das ganze Mittelalter hindurch im Bistum Basel eine sehr grosse Bedeutung. Er wurde zwar vom 16. Jahrhundert an durch Hinfall oder Ablösung der Lehensverhältnisse immer mehr eingeengt, ist aber in einzelnen Beständen bis zur französischen Invasion erhalten geblieben.

Hier ist es der Bischof, der als Landherr, dominus terrae, als Fürst an seine Vasallen Mannlehen vergibt,

die von ganz beträchtlichem, mitunter aber auch nur von sehr bescheidenem Umfang sein, ganze Herrschaften oder nur einzelne Objekte umfassen können.

Als Beispiele hiefür mögen die nachfolgenden Urkunden dienen:

Dis sind die Lehen so Rutzschman von Ramstein Fry von der Stift ze Basel zu lehen hat.

(Aus dem alt-adelichen Lehenbuch des Fürstbistums Basel.)

Ich Rutzschman Fry Herre von Ramstein bekenne mich, daz Ich von dem Erwürdigen Stifft ze Basel ze rechtem Mannlehen habe dise nachgeschribene Schloss, zins, gülte und güter mit namen: Zwingen die Burg, Vorburg, Wygern, Wassern-Rünsen, Höltzern, Acker, Matten und gehört das Dorff Zwingen vor der Burg gelegen mit zwing und bann, lüt und gut mit allen zinsen, zufellen, hohen und nidern gericht. So gehört darzu der Hofe ze Röschentz mit sinen zugehörden, gericht, lüten, gütern, zinsen und alle ander ding, nüt ussgenomen. Item so ist darnach Lehen als vorstat die Burg Gilgenberg mit dem Turn uf dem Velsen davor mit aller zugehörde, wegen, stegen, Holtz, Veld und aller begriffung. So hörent dartzu dise Dörffere Meltingen, Zullwile und Nunningen mit allen lüten, die in den Dörffern Mülin und Höfen sitzend mit diensten, stüren, vachthünern, hohen und nidern gericht, ungelten, wiltpennen, wasser, wasserrünsen, allen herlikeiten als wit die benne derselben Dörffer reichend. Der zwen teil des zehenden ze Meltingen, der halb teile des zehenden ze Zullwile mit gülden, zinsen und aller zugehörde in korn, habern, gelt, hünern und allen sachen. So gehört dartzu die Segin, Blüwel und Mülin ze Meltingen mit allen gülden und zugehörden. Item die Mülin in Engi hört dartzu mit siner zugehörde, zinsen und gülden. Item hört ouch dartzu der Hofe in Rotteris mit allen zinsen und zugehörden. Dartzu hört der Hofe in Sewen mit allen zinsen und zugehörungen. So sind das aber andre Mannlehen: Ramstein die Burg halber mit allen rechten, nutzen und zugehörungen. Item ze Basel Tuffenstein das Hus. Item die lüte ze Ligeritz und im Elsgöw allenthalben. Ein Hoffstatt ze Blützhusen genant Nüwemburg, ein Boumgarten und Matten daselbs, ein matten und demselben sloss. Und weis nuzemal nüt anders. Ich genanter Rutzschman sol minem gnedigen Herren von Basel alles tun was ich jm als minem Herren von der obgenanten lehen schuldig bin. Ze warem urkunde mit minem eigen anhangenden Ingesigel besigelt und geben an Donnerstag nach sant Lauren-

cien tage des heiligen martirers nach Cristi geburt Tusent Drühundert Sybentzig und Ein Jare. (1371, 14. August.)

Lehenbrief um eine Mühle zu Biel, d. d. 1424.

Ich Rudolf Hofmeister Edelknecht, Schulths ze Bern, vergich und bekenn offenlich mit disem briefe, das ich von dem Hochwirdigen in Got vatter und Herren Hern Johannsen von gottes und des Römischen Stuls Gnaden Byschoff ze Basel ze gerechtem fryen Manlehen empfangen und bekennet hab dise hie nachgenempten stücke, namblichen die müli uff der Suschen vor der badstuber türli ze Biel gelegen, gilt järlichen zwen müt kernen und zwen müt mülikorns. Denne aber den win- und kornzehenden uff dem Veld genempt das zehndli von Arch und loben von der vorgenannten lehen wegen dem obgenannten minem gnedigen Herren von Basel gewertig ze sind und zetunde was ein man sinem herren phlichtig ist zetunde. In kraft dis briefes den ich ouch darumbe mit minem insigel geben habe besigelt uff sant Johans abent ze sungichten do man von Cristi geburte zalt viertzehenhundert zwentzig und vier Jare. (1424, 23. Juni) (Aus dem „alt adelichen Lehenbuche“, Band 1^b, S. 121.)

Lehenbrief um eine Mühle und Blöwe zu Tramlingen, d. d. 1439.

Ich Heinrich von Kuff vergich mit diesem briefe, das ich von minem gnedigen Herren Hern Friderichen Byschoff ze Basel als ein trager und in tragers wise Hans Heinrichs und Hansen von Tremlingen gebrüder miner lieben stiefsüne, die noch nit zu jren tagen komen sint, ze rechtem mannlehen empfangen hab die mülin und die blüwelaten ze Tremlingen mit iren rechten und zugehorungen, die von den genanten minem gnedigen Herren und Stift recht lehen sind und hab darauf liplich ze Gott und den Heiligen gesworn jm trüwe und holde ze sinde, sinen und siner Stift nutz ze fürdern und schaden ze wenden, jm gehorsam und gewertig ze sind und alles das zetunde, was ein man sinem herren von lehens recht und gewonheit schuldig ist und tun sol getrürlich und ungeverlich. Ze warem urkunde habe ich min eigen insigel offennlich gehenckt an disen briefe, der geben ist an Mittwuch nach sant Ambrosiustag nach Cristi geburt Thusent vierhundert drissig und nün Jare. (1439, 8. April.) (Aus dem „alt adeligen Lehenbuch, Band 1^b, S. 128^v.)

Über diese Mannlehen soll hier nicht wiederholt werden, was schon in der Darstellung für den alten Kanton Bern gesagt worden ist. Die Prinzipien sind dieselben, ob die Stadt Bern oder der Bischof von Basel als Landherr

die Lehen vergibt. Nur fehlt bei den Lehenbriefen des letzteren der bei Bern noch lange ständige Hinweis, dass die Verleihung im Namen des Reiches erfolge. Beim Bischof von Basel mochte bei seiner anerkannt fürstlichen Stellung eine solche Legitimation nicht nötig erscheinen.

Die Inhaber von solchen Mannlehen konnten die Wasserwerke, die dazu gehörten oder aus denen sie bestanden, auf eigene Rechnung betreiben, sie verpachten oder als Erblehen weiter vergeben. Mit der Zeit ist die letztere Form der Nutzbarmachung beinahe ausschliesslich Regel geworden.

Der dritte Rechtskreis, innerhalb dessen die Nutzbarmachung der Wasserkräfte im Jura erfolgte, ist der des Hofrechtes, der Grundherrschaft. Wie schon für den alten Kanton hervorgehoben wurde, darf diese nicht etwa mit der Landherrschaft, dem *dominium terrae* verwechselt werden. Es handelt sich hier ursprünglich nur um das Recht des Grundherrn an seinem Gute und nicht um eine öffentlich-rechtliche Amtsgewalt, obschon eine solche später oft auch damit verbunden werden mochte. So geartet sind die Rechte der geistlichen Stiftungen von Moutier-Grandval, Bellelay, St. Ursanne etc. und teilweise auch des Bischofs von Basel selbst, da wo er nicht nur Fürst, sondern zugleich auch Grundherr, *seigneur*, war. Auch die Ministerialen und Vasallen des Fürstbischofs verfügen in ihren Rechtsgebieten, da wo diese eine geschlossene Herrschaft bilden, nach Hofrecht, oder wenigstens nach Analogie des Hofrechtes. Aber hier handelt es sich nur um ein abgeleitetes Verhältnis. Dem Bischof gegenüber sind sie Dienstleute, Mannen, ihren Herrschaftsangehörigen gegenüber Grundherren.

Im Vergleich zu dem schon angeführten Rechtskreis kommt demjenigen des Stadtrechts in Bezug auf die Wasserwerke nur eine ganz untergeordnete Bedeutung

zu. Wenn auch eine Stadt in den Besitz eines Wasserwerkes gelangte und darüber verfügte, geschah dies in der gewöhnlichen Form der Verpachtung auf Zeit oder des Erblehens. Wir können daher füglich darauf verzichten, hierauf näher einzutreten.

Dagegen treten die Besonderheiten der wirtschaftlichen Entwicklung im Jura in anderer Weise sehr deutlich hervor. Auf die Bedeutung von Wald, Weide, Wasser und Erz ist schon im Eingang hingewiesen worden. Aus den Lehenbüchern ist nun am deutlichsten ersichtlich, wie langsam die Kolonisation im Jura vor sich ging, wie noch im 16. Jahrhundert weite Gebiete urbar gemacht und der Wirtschaft erschlossen wurden, wie nach dem dreissigjährigen Kriege einzelne verwüstete Gegenden neu besiedelt werden mussten und noch im 18. Jahrhundert die Einwanderung eine sehr starke war. Es ist bekannt, dass immer noch Raum genug vorhanden war, um die von den gnädigen Herren von Bern ausgewiesenen Täufer anzusiedeln. Über alle Gebiete oder einzelnen Grundstücke, worauf noch keine bestimmten Rechtsansprüche bestanden, verfügte dabei immer der Fürstbischof. Er ist es, der als Landherr, als *dominus terrae*, die Kolonisation begünstigte, um damit seine Einkünfte zu vermehren und ein Recht, das ursprünglich aus der gräflichen Gewalt herzuleiten ist, fiskalisch nutzbar zu machen.

Wie die Wälder und Weiden den Kolonisten nie verliehen wurden, ohne dass der Fürstbischof einen bestimmten Bodenzins darauf schlug, so geschah dies auch bei den Wasserläufen, soweit sie noch niemandem in dieser oder jener Weise gehörten.

Nach den Theorien des 17. und 18. Jahrhunderts gehört die Verfügungsgewalt über Hochwälder und Wasserläufe zu den Rechten der Souveränität, ist ein Regal.

Zum deutlichsten Ausdruck gelangt dies in der 1742 vom Fürstbischof für Erguel und Orvin ausgestellten

„Declaration souveraine“ mit den Worten: „Le cours d'eau est un droit de regal a nous appartenant.“ Aber dieser Grundsatz, so unbeschränkt er klingen mag, wurde nur zur Anwendung gebracht unter Vorbehalt anderer schon bestehender Rechte. Wo solche nachgewiesen werden konnten, gingen sie den aus der Landeshoheit hergeleiteten Ansprüchen des Fürstbischofs vor. Dies lässt sich bei verschiedenen Konflikten nachweisen und als Beispiel hietür geben wir gerade eine Urkunde aus dem Erguel:

„Von Gottes Gnaden wir Johann Heinrich Bischof zu Basel etc. urkunden hiermit vor uns und unser Nachkommen der Stift, als wir unserm lieben und getreuen Unterthan Peter Bourquin und seinen Brüdern von Sombeval ab seiner zu Courtebert gelegenen Mühlen mit 4 Gängen, zwen zum mahlen, einen zur Sägen und einen zur Reiben, wegen des uns als Landesfürsten ohnzweifelich gehörigen Wasserruns einen billich messigen Zins und Erkanntnuss fordern lassen, dass er uns darauf sein Kaufbrief vorgewiesen und unterthänig zu erkennen geben, dass solche Mühlin von ohnerdänklichen Jahren her niemahlen einigen Zins bezahlt, mit gehorsamer Bitt, wir geruhten ihne seine Brüder und künftig Besitzere dieser Mühlin zu handt haben; wann wir dann niemand wider so lange gewehrte Possession zu beschwechen begehren, als lassen wir mit Vorwissen und Willen der ehrwürdigen unsern lieben Brüdern Herrn Thumprobst und Capitl unserer hohen Stift angedeute Mühlin hinfüro bey dieser Zinsbefreiung ohnveränderlich allweg dergestalten verbleiben, dass weder er Peter Bourquin und seine Brüder noch andere künftige Besitzere Inhabere darvon nichts bezahlen sollen, jedoch wofern über obige vier Gänge oder reder noch etwas weiteres gebaut würde, soll selbiges hierin nicht begriffen sein. Zur Beglaubigung wessen haben wir beiderseits unser Secret Insigel hieran gehenkt, so beschechen uff unserm Schloss Pruntrut den 8. Nov. 1645.“

Auch die Mühle zu Corgémont wurde im nämlichen Jahre nach Prüfung der Titel bei ihrer „Possession und Zinsbefreiung“ gelassen.

Es ist nicht ohne Interesse, dass mit der Untersuchung über diese bestehenden Rechte der „Meyer“ von Biel beauftragt war. Er handelte aber nicht etwa im Namen der Stadt, sondern als Beamter des Bischofs,

wie ja auch die Zinsbefreiung durch diesen ausgesprochen wird.¹⁾

Dass auch im alten Kanton Bern bei der Obrigkeit die Tendenz vorhanden war, immer mehr Rechte als zur Staatsgewalt gehörig zu erklären, bis sie im Jahre 1715 dabei angelangt war, den Grundsatz aufzustellen, dass Wasser und Wasserruns ein hochobrigkeitliches Regale seien, dass sie trotzdem aber nachgewiesene Rechte der Tvingherren anerkennen musste, ist schon in dem Abschnitt „Zinslehen und Erblehen“ ausgeführt worden.

Es möge aber gestattet sein, hier auch noch an einen ähnlichen Vorgang in Frankreich zu erinnern, wo ja der Begriff der absolutistischen Staatsgewalt am meisten ausgedehnt wurde.

Wie in dem Werke von M. Championnière „De la propriété des eaux courantes“ (Paris 1846) auf Seite 658 ff. nachgewiesen wird, hatte Ludwig XIV. zwar im Jahre 1669 den Versuch gemacht, alle Flüsse und Ströme mit Vorbehalt entgegenstehender Titel für die Domänen der Krone zu vindizieren, sich aber bald genötigt gesehen, diese Ordonnanz zu widerrufen und die frühern Rechte anzuerkennen, was durch ein Edikt von 1693 förmlich sanktioniert wurde. So war das Endresultat nach Championnière folgendes: „Ainsi, en définitive, l'appropriation prononcée par l'ordonnance de 1669, par suite d'abrogations successives se trouvait réduite à la proclamation d'un principe à l'égard de la propriété, à des jouissances domaniales partout où les possessions n'étaient pas établies, et la police des rivières et de la navigation.“

Hieraus lassen sich allein die Rechtsverhältnisse am Doubs erklären, die in neuester Zeit den Anlass zu internationalen Verhandlungen gegeben

¹⁾ Auch bei Verleihung von Wasserrechten sehen wir gelegentlich den Meyer von Biel mitwirken und dieser Umstand mag viel dazu beigetragen haben, die Ansicht über die Rechtsverhältnisse im Erguel zu verwirren oder irre zu leiten.

haben. Sie werden nur verständlich, wenn man die Rechte der Souveränität und diejenigen der Grundherrschaft oder Seigneurie genau auseinandehält und zwischen den Rechten des Fürstbischofs einerseits in seiner Stellung als Landesherr, andererseits als Seigneur de Franquemont zu unterscheiden weiss. Dieser Doppelstellung wurde, soweit es den Wasserlauf des Doubs betrifft, im Jahre 1780 durch einen Vertrag mit der Krone von Frankreich ein Ende gemacht. Zur Erklärung dieses Vorganges ist folgendes zu sagen:

Auf der Strecke von Biaufond bis zu der Mühle von Theusseret bildete der Doubs jahrhundertlang die Grenze zwischen dem Gebiete des Fürstbischofs von Basel und der Freigrafschaft Burgund. Aus den Akten des ehemaligen fürstbischöflichen Archivs lässt sich aber ersehen, dass im 17. und 18. Jahrhundert sehr häufig Streitigkeiten darüber entstanden, ob die Mitte des Flusses oder das rechte Ufer als Grenzlinie zu betrachten sei. Hierüber fanden nicht nur endlose Verhandlungen zwischen den Behörden der beiden Länder statt, sondern es kam sogar zu blutigen Fehden zwischen den Anwohnern der beiden Ufer. Jede Partei suchte ihre Ansprüche so gut als möglich zu verteidigen; ein prinzipieller Entscheid wurde jedoch vor dem Jahre 1780 nicht gefällt, was auch die Grenzpolizei sehr schwierig machte.

Von der Mühle von Theusseret an erstreckte sich die Souveränität des Fürstbischofs, soweit das Gebiet der Seigneurie de Franquemont ging, auch auf das linke Ufer des Flusses und umfasste dort mehrere Dörfer, Weiler und Höfe, auf nunmehr französischem Gebiete.

Dagegen ragte wieder ein Zipfel der zum Elsass gehörigen Grafschaft Montjoie (Frohberg) mit Malnuit und Moulin Jeannotat auf das rechte Ufer des Doubs hinüber. Auch wegen dieser beiden Gebiete kam es zu vielen Verwicklungen und Streitigkeiten.

Als dann am 20. Juni 1780 der „Traité d'Alliance entre Sa Majesté très-chrétienne et son Altesse le Prince-

Evêque de Bâle“ abgeschlossen wurde, ergänzten die beiden Parteien denselben durch eine „Convention concernant les limites de leurs états respectifs“, ebenfalls in Versailles am 20. Juni 1780.

Die beiden Verträge tragen also das gleiche Datum, sind aber nicht miteinander zu verwechseln.

Die Bestimmungen, die für uns in Betracht fallen, finden sich im Grenzvertrage, in der Convention, zu der eine Karte angefertigt wurde.

In diesem Grenzvertrage wurde nun bestimmt, dass auf der ganzen Strecke vom Gebiete von Valangin bis zu der Stelle, wo der Doubs ganz in das nunmehr bernische Gebiet eintritt, das heisst von Biaufond bis Clairbief, das rechte Ufer des Flusses die Grenze bilden solle. Doch wurde schon im ersten Artikel, wo von der Strecke bis Theusseret die Rede ist, deutlich hervorgehoben, dass durch die Rechte der Souveränität, die Frankreich bis zu dieser Linie zugestanden werde, den Herrschaftsrechten (droits seigneuriaux) und den Rechten, welche die Flusssanwohner auf den Wasserlauf haben, kein Abbruch geschehen solle.

Im vierten Artikel wird dem Fürstbischof abgetreten: „la partie de la Baronie de Montjoie qui est située à la rive droite du Doubs, ainsi qu'elle consiste et se comporte en habitations, maisons, sujets, terres et territoires, ensemble le moulin Jeannotat et toutes ses dépendances sur ladite rive.“

Hier wurden also wieder die zur Mühle gehörigen Rechte auf den Wasserlauf dem Fürstbischof ausdrücklich zugesichert.

In Artikel VI folgt dann der für die ganze Strecke von Biaufond bis Clairbief gültige Vorbehalt, welcher dem Fürstbischof auf der ganzen Grenzstrecke die ungeschmälernte Benutzung des Flusslaufes für Wasserwerke und Flösserei, trotzdem die Souveränität bei Frankreich stehen solle, zusichert: „Le Prince-Evêque de Bâle conservera avec la Souveraineté absolue de la rive droite

du Doubs, la possession, la jouissance et la libre exploitation des usines qui y sont établies, ainsi que la propriété des îles qui ont fait anciennement partie de la Principauté. Il ne pourra être construit ni sur la rive gauche ni dans le lit même de cette rivière aucunes jettées ni autres oeuvres dont l'effet médiat ou immédiat seroit de changer le cours de l'eau, d'en augmenter la surface ou de submerger une partie de la rive droite; les Meuniers et les Propriétaires des usines de la rive droite conserveront pareillement l'usage des barques et nacelles nécessaires pour la conservation de leurs canaux et pour l'exploitation desdites usines; enfin le Prince-Evêque de Bâle et ses Successeurs à perpétuité jouiront de la libre faculté de faire flotter en tout tems sur le Doubs les bois qu'ils feront conduire à leurs forges et usines, sans que lesdits bois puissent en aucun tems être soumis à aucune sorte de droits ou d'acquits de quelque nature qu'ils puissent être, à condition seulement de justifier leur destination, au moyen des déclarations et passeports de la Chambre des Finances dudit Prince, qui devront être produits et contrôlés sans frais et sans difficulté au premier Bureau où ces bois aborderont."

Der eben zitierte Artikel war für den Fürstbischof von grosser materieller Wichtigkeit. Er besass nämlich am Doubs eine ganze Reihe von Mühlen und andern Wasserwerken, die von ihm meist als Erblehen vergeben wurden und nicht nur beträchtliche Zinsen abwarfen, sondern auch für die Ausnutzung der Bodenprodukte aus den benachbarten Gebieten der Freiberge eine Notwendigkeit waren. Hier konnten die Bewohner des wasserarmen Hochplateaus ihr Getreide mahlen, ihren Hanf reiben, ihr Holz sägen lassen. Allein in der „Goule“ liefen 9 Wasserräder zum Betrieb der Mühlen, Reiben und Sägen, die Erblehen der Familie Folletête von Noirmont waren. Diese Wasserwerke in der „Goule“ wie auch die andern bei „Moulin de la Mort“ etc. lassen sich in den Archiven des Fürstbischofs auf Jahrhunderte zurück nachweisen,

und aus den Akten ist deutlich zu ersehen, wie grossen Wert man denselben beimass.

Ebenso wichtig war für den Fürstbischof der freie Flossweg auf dem Doubs, um seine Eisenwerke mit dem nötigen Brennmaterial versorgen zu können.

Während die Interessen des Fürstbischofs vorwiegend ökonomische waren, legte Frankreich den Hauptwert auf die politischen, mit der Souveränität verbundenen Rechte der Jurisdiktion und der Grenzpolizei auf dem Flusse, um die Desertion seiner Soldaten verhindern, dem Schmuggel energisch steuern, Forst- und Jagdfrevel einschränken zu können.

Unter diesen Umständen ist es begreiflich, dass der Fürstbischof zwar in Bezug auf die Souveränität Konzessionen machte, sich aber gegen jede Ableitung, unberechtigte Stauung des Wassers oder Sperrung des Flossweges zu seinen Eisenwerken sichern musste.

Der gegebene Weg dazu war der Vorbehalt der zur Seigneurie gehörenden Rechte. Wie weit dieser Begriff gefasst wurde, geht besonders aus den Artikeln über den Gebietsaustausch hervor. Von den Rechten, die „à titre de souveraineté“ ausgeübt werden, sind überall scharf getrennt und bleiben vorbehalten: les droits utiles et seigneuriaux en rentes, revenus, juridictions, nominations d'offices, amendes, dixmes et autres — — — — —. Alles dies wird durch gegenseitige Abtretung der Souveränität über einzelne Gebiete oder Herrschaften nicht berührt.

Diese Vorbehalte sind allerdings, soweit sie den Austausch von Herrschaften, Dörfern etc. betreffen, von den Stürmen der Revolution beinahe ganz weggefegt worden, nicht aber diejenigen, welche den Flusslauf des Doubs betreffen. Diesen wurde bei Anlass der Grenzbereinigung zwischen dem Kanton Bern und Frankreich ganz besondere Aufmerksamkeit geschenkt und wir finden hierüber in dem am 12. Juli 1826 von den Vertretern beider Staaten unterzeichneten Procès-Verbal folgende Bestimmungen:

„g. Comme il est dit ci-devant, le lit du Doubs, dans toute sa longueur depuis la 605^{me} borne jusqu'à la présente, appartient à la souveraineté de la France.

h. D'après la convention passée entre sa Majesté très chrétienne et le Prince-Evêque de Bâle, le 20 Juin 1780, où cette souveraineté est reconnue, le Prince-Evêque s'est réservé pour lui et ses sujets, divers droits appartenant à la seigneurie de Franquemont. Tous ceux de ces droits dont l'exercice est compatible avec les lois françaises, demeurent réservés au Gouvernement et aux sujets du Canton de Berne. Parmi ces droits on peut distinguer ceux qui sont consacrés par etc.“

Hier folgt nun nach der Bestätigung der Zollbefreiung für die Bewohner der ehemaligen Herrschaft Franquemont bei der Brücke von Goumois diejenige des schon zitierten Artikels VI des Grenzvertrages von 1780 „et qui consiste dans la libre jouissance et exploitation des usines établies sur la rive droite du Doubs et des canaux, écluses, barques et nacelles, qui en dépendent, au préjudice desquels il ne peut être établi, ni sur la rive gauche ni dans le lit même de la rivière, aucune jetée ni autres oeuvres dont l'effet médiat ou immédiat serait de changer le cours d'eau, d'en augmenter la surface, ou de submerger une partie de la rive droite“

Ferner wird noch ausdrücklich beigefügt:

„Il n'est apporté aucune innovation ni changement aux droits qui dérivent de la dite convention; seulement il est expressément convenu que le libre flottage des bois sur toute l'étendue du Doubs comprise entre le village de Bremoncourt depuis la 558^{me} borne jusqu'à la 606^{me}, placée près du hameau de Biaufond à l'extrémité de la frontière, continuera à être exempt de tous droits et empêchements au profit des sujets des deux Etats. Cette exemption s'étend sur l'espace qu'on vient de désigner, malgré que sur une partie les deux rives du Doubs dépendent de la souveraineté de Berne“.

Aus diesen Bestimmungen lässt sich ersehen:

1. Dass die Rechte, welche sich der Fürstbischof vorbehielt, betrachtet werden als „*appartenant à la seigneurie de Franquemont*.“

2. Dass auch die französische Regierung diese Rechte durchaus nicht als von der Revolution abgeschaffte betrachtet, sondern anerkennt.

3. Dass die Berner Regierung ausdrücklich als Rechtsnachfolger des Fürstbischofs in seiner Eigenschaft als *Seigneur de Franquemont* anerkannt wird.

4. Dass alle durch Vertrag von 1780 zugesicherten Rechte auch in Zukunft sowohl der Regierung des Kantons Bern, als auch ihren Untertanen gewahrt bleiben sollen.

Im Prinzip wird von Frankreich anerkannt, dass diese Verträge heute noch gültig seien, und von den Wasserwerken am rechten Ufer werden die Abgaben an die bernische Finanzdirektion entrichtet, obschon der Doubs unter französischer Souveränität steht.

Dagegen haben sich Streitigkeiten darüber erhoben, ob und wieweit Ableitungen nach dem linken, französischen Ufer ohne Zustimmung der bernischen Regierung zulässig seien. Die historischen Rechtsverhältnisse sind bei der Behandlung dieser Rechtsfrage von den Politikern und teilweise auch von den Juristen nur sehr mangelhaft begriffen und durchaus nicht nach Gebühr gewürdigt worden. Da indessen der Streit über diesen Fall noch hängig ist, enthalte ich mich weiterer Bemerkungen hierüber.

Kehren wir nach dieser Abschweifung wieder zu der Rechtslage im 16. Jahrhundert zurück.

Auf welchem Titel auch die Verfügungsgewalt beruhen möchte, die Nutzbarmachung des Rechtes erfolgte in der weitaus grössten Zahl aller Fälle durch Verleihung auf bestimmte Zeit oder als Erblehen. Die letztere Form, das Erblehen, tritt vom 16. Jahrhundert an so sehr in den Vordergrund, dass sie im Fürstbistum

Basel geradezu zum Normaltypus geworden ist. Die Ausbildung der Form ist zudem so konsequent und scharf, dass die Beispiele aus dem Jura vorzüglich geeignet sind, um in das Wesen dieses Rechtsinstitutes einzuführen. Ich möchte vermuten, dass dabei „der ehrenveste, hochgelehrte Herr Jakob Rebstock, der Rechten Doctor“, der nach der Mitte des 16. Jahrhunderts bischöflicher Kanzler war, eine massgebende Rolle gespielt hat, indem er ein Formular aufstellte, das bis in das 18. Jahrhundert mit geringen Abweichungen im Gebrauch blieb. Das Wesentliche ist von da an feststehend, ob die Urkunden deutsch, französisch oder in einer Mischsprache ausgestellt wurden.

Als Beispiele hiefür mögen die beiden folgenden Urkunden dienen, welche die Wasserwerke am Doubs bei den „la Goule“ genannten Stromschnellen unterhalb Noirmont betreffen.

Lehenbrief d. d. 1634, betreffend die Mühlen „la Goule“.

Von Gottes Gnaden Wir Johann Heinrich, Bischove zue Basel, Bekhennen, und thuen khundt hiemit, dass auf tödtliches ableben weylant Unsers nechstverehrten Vorfahrens, Herren Bischoff Wilhelmen hochseligen angedenckhens, Wir aus sonderen gnaden, und demüetiger pitt wegen an uns beschehen, Unserem Underthanen, lieben und getreüwen Guillame Folleteste von Schwarzenberg, für sich selbst, und als Träger Johans und Estiennes seiner Gebrüederen, auch alle ihre eheliche Leibeserben, drey unterschiedenliche Mühlin, sambt einer Reiben, so albereit erbauwen, und dann zu erbawung noch andere drey Mühlin alle und jede mit einem Raht, oder Hauffen, an dem Orth von la Goulle underhalb berüertem Schwarzenberg biss an die Herrschaft Francquemont, allwo keine andere, dann sie die Folleteste, ohne Unseres gnediges Vorwüssen und Consens zuebauwen, oder dergleichen Mühlin aufzurichten nit macht haben sollen, für Uns und Unser Nachkommen gnediglich eingewilliget und verlühen haben, und leyhen ihnen selbige all für sich und ihre eheliche Leibeserben, die hinfüro in Erblehensweis inzuehaben, zu nutzen, zu niessen und zu gebrauchen, wie Lehens und Mühlin Recht ist, und sich solchen Lehen halb nach Unseres Stiffts gebrauch und herkhommen gebührt. Es

sollen auch berüerte Folleteste und ihre eheliche Leibeserben all obangezogene Mühlin, Reyben und dero Zugehördt in guetem bauw und wäsen erhalten, damit Uns und Unserem Stifft an dem jährlichen Zins, wie hernach gesetzt, nichts abgange, wa aber Uns oder Unseren Nachkhommen etwas daran abgehen wurde, so sollen und mögen Wir die mit oder ohne Recht, gaistlichem oder weltlichem beziehen, so lang und viel, biss Uns umb den järlichen Zins vernüegen beschicht, mit abtrag Costens und Schadens. — Zuedem solle auch der genant Guillame Folleteste, seine Brüeder oder ihre Erben die obvermelte Mühlinen und Reiben sambt ihrer Zuegehördt weder gantz noch zum theil nit verkauffen, versetzen noch verenderen, in kheinen weg, ohne Unsere und Unserer Nachkhommen wüssen und willen, bey pöen des widerfahls solches Lehens. Und so oft sich die Handt verendert, sollen die Erben solche Mühlinen und Reiben von neüwem wider empfahen, Uns oder Unsern Nachkhommen ein anderen Träger geben, und für die Repreyss so viel der järliche Zins ist abrichten und bezahlen. Was sie auch oder ihre Erben neben angezogenen Mühlinen und Reiben ferners erbauwen werden, das solle alles darbey verpleiben und fürohin darzue gehören und Wir oder Unsere Nachkhommen auf den widerfahl ihnen nichts dafür zuegeben schuldig sein. Von welcher Leyhung wegen solle mehrgedachter Guillame Folleteste als jetziger Träger Uns oder Unseren Nachkhommen Uns je zue Zeiten Unserem Vogten zue St. Ursitz auf St. Martins des Heyligen Bischoffstag zue Winterszeit sechs Sester Waitzen Freyenberger Mess ausrichten und bezahlen, alles bey Pöen des widerfahls solches Lehens. Dessen zue wahren Urkhundt mit Unserem anhangenden Secret Innsigel verwahrt und geben in Unserer Statt Delsperg den sechs und zwanzigsten Aprilis Anno Tausendt Sechshundert dreyssig und vier.

(Nach dem Original im bernischen Staatsarchiv, Abteilung Jura.)

Lehenbrief d. d. 1775, betreffend die Mühlen „la Goule“.

Lettre de fief.

En faveur de Jacque Felix Folletête comme Porteur pour luy et son frère Pierre Jgnace Folletête du Noirmont des moulins et autres usines au lieu dit derrière la roche sous la Goule.

Nous Frédéric par la grace de Dieu Evêque de Bâle Prince du St. Empire etc. etc.

Faisons savoir que par grace speciale et sur très humble supplication à nous faite par Notre amé et féal Jacque Felix Folletête du Noirmont, comme Porteur pour lui et son frère Pierre Jgnace Folletête, Nous les avons de nouveau inféodés

pour eux et leurs descendants en legitime mariage, c'est à savoir de six moulins avec chacun sa roue, de deux ribbs avec chacun aussi sa roue; d'une scierie et une huilier, lesquelles deux dites usines reçoivent leurs mouvements des roues des deux ribbes à l'alternative, le tout en conformité des anciennes lettres, par lesquelles il conste de la permission accordée aux fiéteurs d'établir jusqu'à six moulans au lieu dit de la goule au dessous de Noirmont, jusqu'à la seigneurie de Franquemont, et où aucun autres que les Folletête peuvent en construire ou ériger sans notre scû et consentement. Par ainsi Nous les inféodons en vertu des présentes pour Nous et Nos Successeurs desdites usines, pour en jouir, user, et les posséder en fief héritable suivant la coutume de Notre Evêché et qu'il appartient d'ailleurs en matière de droit féodal et de moulins. Les dits fiéteurs et leurs hoirs descendants de leurs corps en légitime mariage devront en outre maintenir lesdits moulins, ribbes, et dépendances ci dessus en bon état, afin que Nous ni Notre Evêché n'en souffrions aucune diminution dans le payement du Canon suivant qu'il sera ci après exprimé, que s'il devoit Nous en manquer quelque chose soit à nos successeurs, Nous pourrons retirer à Nous le tout avec ou sans formalité de droit aussi longtemps et jusqu'à ce que Nous serons entièrement satisfait des Canons échus et de tous frais et damages. Ils ne pourront en outre vendre, hypothéquer ou apporter de changement au fief en tout ou en partie de quelle manière que ce soit, sans Notre scû et agrément ou de Nos Successeurs, à peine de commise. Aussi souvent que la main changera, le retenant ou ses hoirs devront requérir de nouveau lesdits moulins et ribbes, dans le terme de six semaines, Nous présenter soit à nos Successeurs un nouveau Porteur et Nous payer pour la reprise autant que le Canon avec cette déclaration que tout ce que les fiéteurs ou leurs hoirs ajouteront ci après aux moulins et ribbes, y restera et dépendra sans que Nous soyons tenus par rapport à cela à aucun dédomagement en cas de reversibilité du fief. Finalement le Porteur moderne Jacque Felix Folletête, délivrera à Notre receveur de la Franche Montagne sur chaque jour de fête de St. Martin d'hivers pour le canon annuel, scavoir huit penaux blé, mesure de ladite Franche-Montagne, à peine de commise dudit fief. En témoin de quoi nous avons fait apposer notre sceau aux présentes. Donnée en Notre résidence au Château de Pourrentruy, le 21 Octobre 1775.

(Bestätigt von Bischof Joseph Sigismund von Roggenbach, den 11. Oktober 1783.)

(Nach dem Original im bernischen Staatsarchiv, Abteilung Jura.)

Wie seltsam die Sprachmischung in den Urkunden sein kann, ist aus folgendem Beispiel ersichtlich:

Lehenbrief um die Mühle zu Bassecourt, v. 14. Februar 1763.

Wir Simon Niclas von Gottes Gnaden Bischof zu Basel des Heyl. Röm. Reichs Fürst etc. thuen kund und bekennen hiermit, dass Wir aus sonderm Gnaden und demüthiger Bitt wegen an Uns beschehen unserem Unterthan Pierre Joseph Monnin von Altdorf für sich und seine eheliche Leibserben Unser von Sigelmann herrührende Mühlin samt dem Haus, Scheüren, Stallung, Hofstatt, Wasserruns und aller Zugehörd daselbst gelegen entre le real chemin devers midy, le ticle du moulin et la commune devers minuit, Pierrat Baumat devers vent et la commune devers Bise; Item eine Reibe allda Lienhard Monnin et le ticle du moulin devers minuit et la commune des autres cotés; Sodann ein Battoir oder Stampfe under der Reibe, le ticle du moulin devers midy, Lienhard Monnin devers minuit et Bise, la commune devers vent; Item ein Hofstatt darauf zuvor die alte Mühlin und Haus gestanden, gisant proche du nouveau moulin du coté de bise, la commune devers midy et vent, et le ticle du moulin devers minuit, Leonard Monnin devers bise; Item la moitié d'un clods et dourtil gisant devant ledit moulin outre le réal chemin pour y faire environ un echelage de foin sans le voisin (l'autre moitié ayant été vendue par M. Melchior Sigelmann à feu Thoinat Monnin, ainsy qu'il couste en la deconfrontation de l'an 1615 fol. 34), le dit réal chemin devers minuit, un autre réal chemin devers midy, une pouge voye devers vent, Leonard fils dudit Thoinat Monnin devers bise; Item au lieu dit en Laingle du pomier un prel presentement dit en Laingle de Lin, pour y faire environ un chard de foin, Henry Monnerat devers vent, les prels de Laingle du pomier devers bise, la terre de l'Eglise St. Pierre devers midy, Blaisat Vuillaume et Pierre Vuillaume dit de velle devers minuit; Item une oëuche gisant au dessus de la Ribbe contenant six toises pour y semer un penal et demy de chevenay, l'esponde de la fin devers vent, Gerie Jean Guillaume devers bise, Pierrat Queloz devers midy, le réal chemin devers minuit vermög gnädigsten Bescheidts vom 9. February des laufenden Jahrs 1763 zu Erblehen für sich und seine eheliche Leibserben geliehen haben und leyhen ihme und seinen ehelichen Leibserben gemelte Mühlin, Reibe, Stampfe und dero Zugehörd und Güter für Uns und Unsere Nachkommen, dergestalten hiermit, dass sie selbige erblehensweis inhaben, nuzen, niessen, darmit wie Erblehens Recht ist thun und handeln mögen, sie sollen aber als Träger in seinen Kösten vorgemelte

Mühlin, Reibe und Stampfe wiederum recht erbauen, mit einer Mauren ringsum beschliessen, und alles was darinnen nöthig erheischender Nohtthurft nach machen lassen, in Tach und Gemach wie auch in Rädern, Steinen und allem andern was dieser Mühlin und Reiben anhängig, wie nicht weniger die specificierte Güther und Zugehör in guten Ehren und Bau erhalten, damit Uns und Unserem Stift an dem jährlichen Zins nichts abgange, zumahlen sich befeissen dass Männiglichem der Gebühr nach gemahlen werde, er Pierre Joseph Monnin als Träger und seine eheliche Leibserben sollen auch besagte Mühlin, Reiben, Stampfen und zugehörige Güther weder verkaufen, versetzen, verpfänden, noch in ander Weg verändern ohne Unser und Unserer Nachkommen Wissen und Willen, so oft sich auch die Hand verändert, sollen sie Unseres Stifts Brauch nach das Lehen innert sechs Wochen wieder erfordern, wo vonnöthen einen Träger geben und für die Reprise zehen Pfund bezahlen, von dieser Leichung wegen soll er Pierre Joseph Monnin Uns und Unserem jeweiligen Hofschaffner zu Delsberg auf den Kosten allda in seinen Kösten zu rechtem jährlichen Lehenzins auf St. Martins des heil. Bischofs Tag ausrichten und bezahlen fünf und ein halb Müth Weizen gute saubere Früchten Delsberger Mäss; Item zween Sester gerölte Gersten, zween Capaunen; und von der Hofstaat darauf die alte Mühlin und Haus gestanden fünf Schilling Baslerwährung, so dann denen Caplänen und Pfarrkirch St. Marcel zu Delsberg sechs Sester Weizen, womit gemelte Mühlin beschwärt ist, ohne Minderung, alles bey Straf des Wiederfalls dieses Lehens und habhafter Verpfändung all seiner und ihrer Erben eigenthumlich Haab und Güter getreulich und ohne Gefehrde. In Urkund haben Wir Unser gewöhnliches Secret Insiegel hieran henken lassen, und geben auf Unserem Schloss Pruntrut den 14. Februar 1763.

(sig.) P. J. Bajol, Lehen Vogt.

(Nach einem Original im Privatbesitz.)

Aus den Verwaltungsakten ist ersichtlich, dass der Verleihung gewöhnlich eine sehr sorgfältige Prüfung vorausging, mit welcher ein Beamter des Bischofs beauftragt wurde. Dabei wurde hauptsächlich darauf geachtet, dass das neu zu erteilende Recht nicht mit ältern, schon bestehenden in Konflikt komme und dass der Wasserlauf nicht in einer Weise geändert werde, dass hiedurch Schaden und Nachteile erwachsen können. In einzelnen Fällen

wurde die Verleihung eines Wasserfalls erst bewilligt, nachdem sich der Gesuchsteller darüber ausgewiesen hatte, dass sämtliche Einsprachen erledigt seien. Erst wenn dies der Fall war, wurde der Lehenbrief ausgestellt.

Wesentliche Bestandteile des Lehenbriefes sind im Jura regelmässig:

1. Die genaue Bezeichnung des Verleihers und des Beliehenen;

2. die genaue Beschreibung des Lehenobjektes mit der Zweckbestimmung der Wasserkraft;

3. die eigentliche Verleihung;

4. die Verpflichtung, das Lehenobjekt stets in gutem Zustand zu halten, so dass stets der festgesetzte Zins davon entrichtet werden könne, der in jedem Fall gesichert sein soll;

5. das Verbot, das Lehen ohne Zustimmung des Lehensherrn zu verkaufen, zu versetzen oder in irgend einer Weise zu verändern;

6. die Festsetzung des Ehrschatzes, der Reprise, die nicht nur zu entrichten ist, wenn der Lehenmann ändert, sondern auch beim Antritt eines neuen Bischofs, falls das Lehen von diesem verliehen ist;

7. Festsetzung des Bodenzinses, des Canons, mit Bezeichnung des Zinstages und der Amtsstelle, wohin die Abgaben zu entrichten sind;

8. Ort der Ausstellung, Datum, Unterschrift und Siegel.

Dies sind die Bestandteile der Urkunde, die von der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts an feststehend sind. Dazu können selbstverständlich noch besondere Bestimmungen kommen, die dem einzelnen Fall angepasst sind.

Von Zeit zu Zeit wurden sogenannte Renovationen vorgenommen und sämtliche Lehen auf ihre Rechtsbeständigkeit und ihren materiellen Zustand geprüft. Als Ergebnis dieses Verfahrens haben wir im Fürstbistum Basel für verschiedene Flussläufe recht hübsche Anfänge eines Wasserkatasters mit sehr genauen, übersichtlichen

Plänen, die zur Orientierung noch heutzutage gute Dienste leisten.

Eine äusserst praktische Einrichtung war es auch, dass vom 18. Jahrhundert an jeder Lehenmann ein *Carnet de fief* erhielt, worin sämtliche sein Lehen betreffenden Verfügungen eingetragen worden sind. Diese wurden in der Regel sehr sorgfältig aufbewahrt und eine ganze Anzahl von Wasserwerkbesitzern konnten sie noch in den Jahren 1907 und 1908 zur Begründung ihrer Rechte vorweisen. Ein ähnliches Verfahren würde auch heute noch zu empfehlen sein und es ist zu hoffen, dass es bei Anlage des Wasserkatasters wieder eingeführt wird. Auf jeden Fall wäre es praktischer als alle die umständlichen und wenig übersichtlichen Register, Tabellen etc., welche die moderne Bureaucratie ausgeheckt hat.

Von besonderer Wichtigkeit war im Fürstbistum Basel die Bestimmung, dass ein Lehen nicht ohne Zustimmung des Herrn verändert werden dürfe. Darunter war nach der feststehenden Praxis auch jede Erweiterung oder neue Verwendung der Wasserkraft inbegriffen.

Der Lehenbrief bezieht sich immer nur auf eine ganz bestimmte Nutzung. Gleich wie bei jeder Handänderung oder bei dem Antritt eines neuen Fürstbischofs ein neuer Lehenbrief ausgestellt wurde, war dies auch der Fall bei dem Ausbau einer bestehenden Anlage. Dabei wurden gewöhnlich Ehrschatz (*reprise*) und Bodenzins (*canon*) der erweiterten Nutzung entsprechend erhöht, und, wenn dies angezeigt schien, konnten auch neue Bedingungen aufgestellt werden. Das durch einen Lehenbrief verliehene Recht zur Ausnutzung einer Wasserkraft ist also nie ein unbeschränktes, sondern wird immer so deutlich als möglich umschrieben und je nach Umständen neu festgestellt. Dies ist sehr gut ersichtlich aus den Urkunden, die für die sog. Lochmühle bei Bözingen, bei dem Austritt der Schüss aus der Taubenlochschlucht, ausgestellt wurden.

Im Anfang handelt es sich nur um die Verleihung eines Wasserfalles zum Betrieb einer Mühle, nach und

nach wird ein Betrieb nach dem anderen angeschlossen, von welchen besonders der Drahtzug von Wichtigkeit war, bis schliesslich eine grosse Fabrik dort entstanden ist, die über eine Wasserkraft von 450 Pferdekräften verfügt. Nach den Urkunden können wir von 1510 an deutlich verfolgen, in welcher Weise den veränderten Verhältnissen bei den Verleihungen Rechnung getragen wurde.

Wegen der Mühl in zue Bötzingen. 16. Januar 1510.

Ich Imer Tschäggeten des Rats zu Byell, thun kundt allermenglichen und bekenn öffentlich hiemit, für mich und all min erben, das ich inhab und besitz zu diser zytt, zu Erblehen von dem hochwürdigen Fürsten und Herren, Herren Christoff, von Gottes Gnaden Bischoff zu Basel, und der würdigen Stifft daselbs, Namlich ein Mülle zu Bözingen gelegen, hinder im Loch, mit dem wasserrunss und all sin zugehörde, von wasserrunse von Fridrich warten, biss an die Brüggen von Bözingen, wellich müllin hat vorzyten ingehept Johans Seriant zu dieser zytt Stattschryber gesessen zu Soloturn.

Davon soll ich Imer Tschäggeten, alle Jar min gnedigen Herren von Basel geben von des wasserrunses wägen, Namlich ein shilling pfennigen gemeiner müntz zu Byell jerlichs zinses, denselben zins ich Imer Tschäggeten gelob hiemit bj minen gutten trüwen, für mich und min erben, dem genannten min gnedigen Herren Bischoff zu Basel, und sinen Nachkommen Bischoffen, oder denen so des bevelch haben, nun fürbashin jerlich und ewigklich zu betzalen uff Sant Martinstag, nach Zins Recht mit verzihung alles des, domit ich oder min erben, wider das so vorstat gantz oder zum theyl einigs wägs kommen möchten, und besunder des Rechtens etc. geverd und arglist harinne gentzlich vermitteln. Zügen sind hieby gewäsen der Erwürdig und geistlicher Herr, Herr Nyclus Schnell Apt zu Bellelee, Herr Brandolff Conventbruder daselbs, und kilchherr zu Tachsfelden, Leonhart belper der zytt meyger zu Byell, und andern geben zu Byell uff der mittwuchen vor Sant Peters tag ad cathedram in dem Jar getzalt fünftzechen hundert und zechen Jar.

19. Januar 1622.

Von Gottes Genaden, Wir Wilhelm Bischove zue Basel etc. thun kundt mit diesem Brieff, dass wir aus besonderen gnaden und demüetiger Pith wegen an uns ergangen Unserm Lieben ge-

truwen Abraham Schnydern, wohnhaft in Unser Statt Byel, unser Mülin und Wasser sambt der Reyben und Behausung zue Boetzingen im Loch gelegen, welche Mülin, Wasser, Reyben und Behausung ermelter Abraham Schneider von Elias Monnin zue gemeltem Boetzingen uff unser zuvor härgehende gnedige einwilligung an sich erkhaufft für sich und alle seine eheliche Leibs Erben, Söhnen und Döchtern, gnediglichen gelichen, und leyhens ihme in crafft diss brieffs, also und dergestalt, dass ehegerüerter Abraham Schneider und seine Erben von sollicher müllin, Wasser, Reyben und Behausung uns oder unsern Nachkommen, oder jezzeiten unsern Schaffnern zue Byel, jährlichen uff St. Martin des heyligen Bischoffs tag, im Winter, zue rechtem ewigem Zins, zwölf sester oder ein halb Müth Kernen gross Byeler Mäss, sodann zwölf Pfennig Byeler Wehrung ausrichten und bezahlen sollen. Dessgleichen die gedachte Mülin, Wasser, Reyben und Behausung sambt deroselben zuegehördt in guetem Bauw und wesen erhalten, damit uns und unserm Stifft an dem jährlichen Zins nichts abgange, zue deme solle auch der genant Abraham Schneyder, oder seine Erben, die gemelte Mülin und zuegehördt weder ganz noch zum theil nit verkhauffen, versetzen noch verändern, in kheinen weg ohne unser und unser Nachkhomen wissen und willen. Und so oft sich die Hand verändert, newe Lehenbrieff bey der Cantzley empfaen, und für die Repreisen drey Pfund Stebler und nit mehr zahlen solle. Alles getrewlich und ungeverlich. Dessen zue wahren Urkhundt, mit Unserm anhangenden Secret Insiegel verwahrt und geben in Unserm Schloss Bruntraut, den neunzehenden tag Monats January, Anno Thausend Sechshundert zwanzig und zwey gezehlt.

Joannes Wollgemuet
Secretarius.

27. August 1630.

Wir Johan Heinrich von Gottes gnaden Bischove zu Basel thuen khundt mit disem Brieff, dass wir aus besonderen Gnaden und demüetiger Pitt wegen an uns beschehen, unserem lieben und getruwen Abraham Thellung, unserem Schaffner zue Byel, unsere Mühlin und Wasser, sambt der Reiben, Schmitten und Behausung zue Bözingen im loch gelegen, welche Mühlin, sambt den Pertinentien aus mangel zahlung, in Commisum gefallen, und dariber vor Rath zue Byel gerichtliche Erkhantnus ergangen, für jne, und alle seine eheliche leibs Erben Söhn und Döchter, gnediglich gelichen, und leihen jme in Craft diss Brieffs, also und dergestalt, dass ehegerüerter Abraham Thellung und seine Erben, von solcher Mühlin und Pertinentien, uns oder unseren

Nachkomen, oder wofern er nit mehr Schaffner zue Byel were, alsdann desselben Nachfahren, jerlichen uff St. Martin des heyligen Bischoffs Tag im Winter, zue rechtem ewigem Zins drey Müth Korn, gross Byeler Meess, so dann zwölf Pfenning Byelerwerung ausrichten und bezahlen sollen. Dessgleichen die gedachte Mühlin, sambt deroselben zuegehördt, in guetem Bauw und wesen erhalten, damit uns und unserem Stifft an dem jerlichen Zins nichts abgange, zuedeme solle auch der genant Abraham Thellung, oder seine Erben die gemelte Mühlin und zuegehördt, weder gantz noch zum Theil nit verkhauffen, versetzen, noch verändern, in keinen weg, ohne unser oder unser Nachkommen wissen und willen. Und so oft sich die Handt veränderet, neuwe Lehenbrieve empfaen, und für die Repreiss drey Pfundt Stebler und nit mehr zahlen solle, alles getreuwlich und ungefährlich. Dessen zue wahren Urkhundt mit unserem anhangenden Secret Insiegel verwart und geben in unserem Schloss Pruntraut, den siebenundzwanzigsten Augusti Thausend sechshundert und hernachher im dreissigsten Jahr.

Joannes Wollgemuet
Secret:

16. November 1634.

(Nach einer mangelhaften Kopie von Archivar Xav. Kohler.)

Von Gottes Genaden Wir Johann Heinrich Bishove zue Basel etc. Thuen khundt mit disem Brieff das wir aus besondern Gnaden und demüetiger Pith wegen an uns beschehen dem hochgelehrten unserem lieben und getreuwen Ludwig Scharrandy der Medicin Doktoren und der Statt Solothurn phisico unser Mühlin und Wasser sambt der Reiben, Schmite und Behausung zue Bötzingen im Loch gelegen, welche Mühlin sambt seiner zuegehördt von uns hiezuvor unser Schaffner zue Biel Abraham Thellung lieber und getreuer zue Lehen getragen, für ihne und alle seine eheliche Leibserben Söhn und Töchter gnädiglichen geliehen und leihen, ihme in Krafft diss Briefs also und dergestalten, dass ehgerüerter Ludwig Scharrandy und seine Erben von solcher Mühlin und pertinentien uns oder unserem Schaffner zue Biel jährlich auff St. Martin des heiligen Bischoffs Tag im Winter zue rechtem ewigem Zins drey Müth Korn gross Byeler Mass, sodann zwölf Pfennig Bielerwörung entrichten und bezahlen sollen, dessgleichen die gedachte Mühlin sambt allen seinen zuegehördten in guetem Bauw und Wesen erhalten, damit uns und unserer Stifft an dem jährlichen Zins nichts abgehe. Zuedem solle auch der gemelte Scharrandy und seine Erben sich mit uns oder unsern Nachkommen der Drahtmühlin und anderer

Werker halber so er allerort von neuem zue bauen vorhabens, ausser angedeuter drey Müth Korn und zwölf Pfennig Bieler Mess und Werung noch umb einen anderen billichen Zins zuvörderst vergleichen, die gemelte Mühlin und zuegehörde weder gantz noch zum theil nit verkhauffen, versetzen noch verändern in kheinen weg ohne unser und unserer Nachkommen wissen und willen. Und so oft sich die Handt verändertet, bey der Cantzley empfaen und für die Reprise drey Pfundt Stebler und nit mehr bezahlen. Alles getreuwlich und ohngevürlich. Dessen zue Urkhundt mit Unserem anhangenden Secret Insiegel verwahrt und geben im Gotteshaus Bellele den sechszehenden Novembris Anno Tausendt sechshundert dreissig und vier.

Georg Schöttlin Cantzler.

10. Dezember 1667.

Von Gottes gnaden Wir Johann Conradt Bischoff zue Basel etc. Thuen khundt offenlich hiermit, dass Wir aus sonderbaren gnaden, und auf underthänig an uns beschehene Pitt, unserem Schaffner zu Biel lieben und getrewn Andreas Grosjean für sich und seine eheliche leibs Erben Söhn und Döchtern unser Mahl Mühlin, Trott Mühlin, Wasser, Schmitten und Reyben sambt der Behausung zue Bötzingen im Loch gelegen (welche hievor Urs Gotthardt und Consorten von Solothurn zue Lehen innegehabt, und vermög unsers vom 16. 9bris 1662 ertheilten Consens und Missivbriefes ermelten Andreas Grosjean käuflich überlassen), zue rechtem Erblehen gn. gelyhen haben, und leyhen solche ihme hiermit in Krafft diss brieffes, also und dergestalten, dass er und seine ehelichen Leibs Erben die auch hinfüro nach Erblehensrecht innhaben, nutzen, niessen und brauchen mögen wie sich von Rechts und bey unserem Stifft härgebrachter gewohnheit wegen gebürt, dahäro er und seine Erben dise obgedachte Mahl-Mühlin, Trott-Mühlin, Wasser, Schmitten und Reyben sambt der Behausung in guettem Bau und wesen zuerhalten, damit uns und unserem Stifft an dem jährlichen Zins nichts abgehe. Sie sollen auch gemelte Lehen weder gantz noch zum theil ohne unser und unserer Nachkommen wissen und willen nicht beschwären, versetzen, verkhaufen, oder in einichen weg veralienieren, und so oft sich die handt verändertet, uns einen newen Träger ernambsen und stellen, auch neue Lehenbrieff bey unserer Cantzley empfaen, und für die repris in allem acht und zwanzig Pfundt Baslerwährung erlegen und bezahlen. Von solcher Leyhung wegen soll obgenannter Andreas Grosjean und seine eheliche leibserben uns und unsern Nachkommen, oder unserem jeweiligen Schaffner zue Biel jährlich auff Martini des heyl.

Bischoffstag im Winter zue rechtem ewigen Zins abrichten und bezahlen ohne Minderung drey Mütt Korn gross Bieler Mass, sodann zwölff Pfenning selbiger währung, wie in gleichem von der Trott Mühlin absönderlich und jeden Jahrs auff Sontag Laetare in der Fasten fünfzig Pfundt Stäbler (welche wir gleichwohl khrafft eines am 30. Septembris Anno 1651 ertheilten bescheidts gnädig, jedoch der gestalten fallen und es bey fünfundzwanzig Pfundt Stäbler, deme am 11. Juni Anno 1652 zue Delsperg gemachten Abscheidt gemäss verpleiben lassen), bis die Kupfer und andere werkh widerumb in gang khommen, alsdann man sich deswegen mit einanderen billichen vergleichen solle. Alles bey Poen des widerfahls solcher Lehen. Getrewlich und ohngefährlich. Dessen zu wahren Urkhundt haben wir unser Secret Insigel hieran thuen hencken, und geben in unserem Schloss Pruntrut den 10ten Decembris im sechzehnhundert und siben und sechzigsten Jahr.

Joh. Anderes Schütz Cantzler.

25. Februar 1783.

(Extrait des Archives de la Direction du Cadastre du Jura. Nr. 428, Registre intitulé: Bienne. Neuveville, Orvin, et Diesse, pages 25, 26 & 27.)

Wir Joseph von Gottes Gnaden Bischof zu Basel des Heil. Römischen Reichs Fürst:

Thun Kund öffentlich hiermit, dass Wir aus sonderbaren Gnaden, und auf unterthänig an Uns beschehene Bitte Unserm lieben und getreuen Peter Alexander Hermann des Raths unserer Stadt Biel für sich, unsere Mahl-Mühlin, Traht-Mühlin, Wasser Schmitte und Reibe samt der Behausung zu Bözingen im Loch gelegen, zu rechtem Erblehen gnädig geliehen haben, und leihen solche ihm hiermit in Kraft diess Briefs, also und dergestalten, dass er und seine eheliche Leibserben die nun hinführo nach Erblehensrecht innhaben, nutzen, niessen und brauchen mögen, wie sich von Rechts, und bey Unserm Stift hergebrachter Gewohnheit wegen gebührt, daher er und seine eheliche Leibserben diese obgedachte Mahl-Mühlin, Traht-Mühlin, Wasser-Schmitten und Reiben samt der Behausung in gutem Bau und Wesen zu erhalten, damit Uns und Unserem Stift an dem jährlichen Zins nichts abgehe; soll er auch gemeltes Lehen weder gantz noch zum Theil ohne Unser und Unserer Nachkommen Wissen und Willen nicht beschwähren, versetzen, verkaufen oder in einichen Weg veralienieren, und so oft sich die Hand verändert, Uns einen neuen Träger ernamsen und stellen, und für die Reprise in allem Acht und Zwanzig Pfund Baslerwährung

erlegen und bezahlen, auch neuen Lehenbrief bey Unserer Kanzley empfaßen. Von solcher Leihung wegen soll der Träger und seine ehelichen Leibserben Uns und Unsern Nachkommen oder unserm jeweiligen Schaffner zu Biel jährlich auf Martini des Heiligen Bischofs Tag im Winter zu rechtem ewigen Zins abrichten und bezahlen ohne Minderung drey Müth Korn gross Bieler Mäss, sodann zwölf Pfenning selbiger Währung, wie in gleichen von der Traht-Mühlin absonderlich, und jedes Jahrs auf Sonntag Laetare in der Fasten Fünffzig Pfund Stäbler (welche Wir gleichwohlen Kraft eines am 3.ten Septembris Anno 1651 ertheilten Bescheids gnädig, jedoch dergestalten fallen und es bei fünfundzwanzig Pfund Stäbler dem am 11. Junii Anno 1652 zu Delsberg gemachten Abschied gemäss verbleiben lassen), bis die Kupfer und andere Werck wiederum in Gang kommen, alsdann man sich desswegen miteinander billichen dingen nach vergleichen soll, alles bey Pöne des Wiederfalls solcher Lehen, getreulich und ohngefährlich. Dessen zu wahren Urkund haben Wir Unser Secret Insiegel hierauf drucken lassen und geben in Unserm Schloss Pruntrut den 25. ten Februari 1783.

Eine grundsätzliche Regelung haben die Lehenrechte in der schon erwähnten „Déclaration souveraine“ vom 23. Juni 1742 für das Erguel gefunden, in welcher hauptsächlich der Art. VII mit nicht weniger als 62 Paragraphen hierüber handelt. Es würde aber zu weit führen, hier auch nur einen Auszug daraus zu geben. In Ergänzung der bereits über die Erblehen gemachten Mitteilungen ist nur zu erwähnen, dass im Erguel ausser der Reprise, dem Ehrschatz, bei Bewilligung des Verkaufes von Mühlen und anderen Wasserwerken noch eine besondere Gebühr bezogen wurde, die auf den 16. Pfennig vom Hundert festgesetzt ist. Dagegen waren die Wasserwerke in hohem Masse begünstigt, indem ihnen sehr weitgehende Rechte auf den Holzbezug aus den benachbarten Bann- und Gemeindewäldern nebst Weidrechten in Holz und Feld zustanden.

Dies gilt nicht nur für das Erguel, sondern auch für die anderen Bezirke des Fürstbistums.

Schliesslich ist noch zu bemerken, dass über Streitigkeiten in Lehenssachen zunächst der Amtmann des

betreffenden Verwaltungsbezirkes, im Gebiet von Biel Meyer und Rat, und in oberster Instanz die bischöfliche Hofkammer entschied.

Wiewohl das eigentliche Erblehen der Normaltypus für die Verleihungen ist, finden wir in einzelnen Fällen doch auch Bewilligungen für Wasserwerkanlagen, die mehr den Charakter einer Konzession auf Zusehen hin haben; immerhin wurde auch in diesem Falle ein jährlich zu entrichtender Zins festgesetzt.

So beruhen die Rechte der Säge zu Bourrignon, die heute noch der Burgergemeinde gehört, auf einer Verfügung von 1694, die in den Akten des Staatsarchivs folgendermassen verzeichnet ist:

Monseigneur et Prince,

La Communauté de Borregnon, et circonvoisins tant des Vacheries de Vostre Altesse, que d'autres de ces lieux ayant grande nécessité de planches non seulement pour bastir mais aussy pour les moindres réparations qui se trouvent à faire, auroit (la dite Communauté) fait construire, et bastir au bas du village une Race pour sier ou racer des planches pour leurs dites nécessités journalières n'en pouvant avoir que de bien loing et à paine avec grands frais et missions.

Et puis le cours de l'eau appartient à Vostre Altesse comme Seigneur territorial, dont il convient à la dite Communauté suppliante payer une reconnaissance annuelle, selon la bonne grace de V. A.

Est le sujet qu'elle prie très-humblement, qu'il leurs plaise de grace assigner le Quantum du payement à faire annuellement de la Cense du dit cours d'eau.

Attendant gracieux Appointement demeurerat en toute fidélité dehue de votre Altesse très-humble et très-obéissante Communauté de Borregnon.

Bescheidt.

Es sollen zue jährlicher Bekandtnuss für den Wasserfahl diser newerbauten Sagen in die Schaffnerey zue Delsperg zehen plappert Basler Wehrung von denen Supplicanten endt-richtet werden.

Decretum in Consilio, 15. Jan. 1694.

Wilhelm Jacob
episcopus

(Abschrift nach dem Original im Staatsarchiv.)

Dem Schmied Mayrat von Courtelary wurde im Jahre 1685 eine Bewilligung auf Zusehen hin in folgender Form erteilt:

Tres honorés Seigneurs.

Abraham Mayrat, Mareschal de Cortelari, obtint sur très humble requete Costée A: Appointement du 26. May 1682 par lequel il me fust ordonné de prendre Vision du lieu ou il pense de bastir la Moliere qu'il pretend, ce qu'ayant fait je trovay qu'il pourrait porter quelque prejudice à ceux qui ont des possessions audessus de luy, et luy conseillay, devant entreprendre cette affaire, afin qu'ils n'eussent point matiere de se plaindre, il l'a fait du depuis et s'est de nouveau adressé à moy afin que suivant ledit benin appointement je donne l'advertissement qui suit; Qu'est, que cette usine de la façon que je luy ay reservé, qui la feroit, ne peut pas porter préjudice au Cours de la Riviere, ni aux particuliers, à mon aduis; et si Son Altesse Monseigneur et Prince agréé de luy permettre ce Cours d'eau, contre une Cense annuelle, de douze ou quinze sols ou comme il plaira à Son Altesse de le gratifier, on pourrait encor reserver que au cas ceste dite usine portast prejudice ou au public, ou aux particuliers, il seroit obligé de l'oster, et tout ce que dessus soit dit sans le dessein de rien prescrire, may submettant le tout à la bonne Volonté de S. A. estant

treshonorés Seigneurs

Vostre treshumble et tresobeissant serviteur

Abraham Chemileret Chastellain d'Erguel.

Cortelari le 10 Janvier 1685.

Adresse: A Messeigneurs Messeigneurs Les Grand Maistre, Chancelier et Conseil de Son Altesse Révérendissime et Illustrissime l'Evesque de Basle etc Porrentruy.

Notice sur l'adresse: Concession eines neuen Radts dem Schmidt zue Courtlary vermittelt 15 Schilling jährlich und mit dem Beding, dass wann ermeltes Radt schaden thäte, es wider hinweg gethan werden sollte. Bescheidt ergangen den 23. Jenner 1685.

(Nach dem Original in dem Aktenband „Fiefs de l'Erguel“ im Staatsarchiv.)

Es ist nicht ohne Interesse zu konstatieren, dass im alten Kanton Bern um die nämliche Zeit die neuen Bewilligungen für Wasserwerke teilweise die Form von Privilegien oder Konzessionen annahmen, während bei

der Handänderung von schon bestehenden noch immer regelrechte Erblehenbriefe ausgestellt wurden.¹⁾

Im Fürstbistum Basel hat aber die neue Form weniger Eingang gefunden und ist nur vereinzelt nachzuweisen.

Damit sind die Formen, nach welchen bis zum Ende des 18. Jahrhunderts über die Wasserkräfte verfügt wurde, wenigstens soweit sie mir bekannt sind, dargestellt. Die Revolution hat allerdings gründlich damit aufgeräumt, indessen ging dies durchaus nicht so einfach zu, wie man sich gewöhnlich vorstellt.

Die herrschende Meinung geht nämlich dahin, dass die Beschlüsse, welche die französische Nationalversammlung in der denkwürdigen Nacht vom 4. August 1789 fasste, sämtliche Lehensabgaben ohne weiteres abgeschafft hätten und die Lehen sofort freies Eigentum geworden seien. Dies sei auch auf die mit Frankreich vereinigten Gebiete des Fürstbistums Basel übertragen worden. An Hand einzelner Fälle hatte ich indessen die Ueberzeugung gewonnen, dass diese Ansicht unrichtig sei, und sah mich dann veranlasst, die Liquidation der Feudalrechte im Fürstbistum Basel gründlich nach den Akten zu untersuchen. Nach langen Nachforschungen konnte endlich das Material hiefür beinahe lückenlos beigebracht werden. An dieser Stelle kann aber freilich nur eine kurze Zusammenstellung der Hauptresultate Platz finden:

Nimmt man das Protokoll der französischen Nationalversammlung zur Hand, so ergibt sich, dass durch den am 4. August 1789 gefassten Beschluss allerdings diejenigen Leistungen abgeschafft wurden, die von einer persönlichen Abhängigkeit herrühren. Dann heisst es aber im Protokoll weiter:

„Faculté de rembourser les droits seigneuriaux.“

¹⁾ Geiser, Beiträge zur Geschichte des Wasserrechtes im Kanton Bern, Biel 1909.

Diese Beschlüsse waren gefasst worden „sauf la rédaction“ und diese erfolgte in der Abendsitzung vom 11. August. Der erste Artikel des Dekretes, der für uns in Betracht fällt, hat folgenden Wortlaut:

„Art. 1er. L'Assemblée nationale détruit entièrement le régime féodal. Elle décrète que, dans les droits et devoirs, tant féodaux que censuels, ceux qui tiennent à la main-morte réelle ou personnelle, et à la servitude personnelle, et ceux qui les représentent, sont abolis sans indemnité; tous les autres sont déclarés rachetables, et le prix et le mode du rachat seront fixés par l'Assemblée nationale. Ceux desdits droits qui ne sont point supprimés par ce décret, continueront néanmoins à être perçus jusqu'au remboursement.“

Auf diesem Standpunkt verbleiben alle Dekrete, die auf das Lehenswesen Bezug haben, bis zum Jahre 1792.

Von da an beginnt eine schärfere Tonart und ein Gesetz des Nationalkonventes vom 17. Juli 1793 gestattet einzig noch zu entrichten: „les rentes ou prestations purement foncières et non-féodales.“

Durch zwei Gesetze vom 2. und 4. Oktober 1793 werden noch speziell die mit feudalen Rechten vermischten Abgaben abgeschafft, im Jahre 1794 alle Grundzinsverträge, die noch Lehenrechtliches enthalten, nichtig erklärt, und schliesslich wird sogar die Verbrennung der Titel anbefohlen.

Nun waren allerdings zu dieser Zeit die nördlichen, nicht in der schweizerischen Neutralität inbegriffenen Teile des Fürstbistums Basel schon mit Frankreich vereinigt. Es scheint aber, dass hier die erwähnten Gesetze nicht in ihrer vollen Schärfe Anwendung fanden. Der Staat brauchte Geld und man musste einsehen, dass mit der Abschaffung der alten Einnahmequellen zu weit gegangen worden sei. Der Ausweg, der gefunden wurde, war die Umwandlung in „rentes nationales“, die in den Handel gebracht und zu barem Geld gemacht werden konnten. Solche Umwandlungen fanden selbst bei Abgaben statt, deren lehenrechtliche Natur ganz unzweifelhaft ist. Diese Rentenbriefe waren nach einem bestimmten

Formular gehalten. Wie die Umrechnung stattfand, lässt sich aus folgendem Beispiel für die Mühle „Milandre“ bei Boncourt ersehen, die ein Erblehen des Jean Kilcher von Nunningen gewesen war.

Département du Haut-Rhin.
Direction de Colmar.
No. 210.

République Française.
Etat nominatif des Rentes nationales transférées par l'acte ci-après au citoyen Jean Kilcher, demeurant à Nunningen.

Noms des Débiteurs des rentes nationales comprises au transfert ci-après.

Jean Kilcher.

Lieu de leur domicile.

Milandre.

Leur profession.

Meunier.

Nature des rentes.

Rente foncière, consistant en trois bichots de bled, un porc gras, ou dix livres bâloises, affectée sur un moulin dit Milandre, cours d'eau, prez, cheneviers, et vergers en dépendant, provenant du cidevant Prince de Porrentruy.

Montant annuel des rentes.

Fr. 199. —.

Leur valeur en capital sur le pied de 15 fois leur montant annuel.

Fr. 2985. —.

Derartige Rentenbriefe wurden öfters in grössern Posten zusammen verkauft, so z. B. einmal auf einen Schlag allein im Département du Haut-Rhin, zu dem auch ehemals fürstbischöfliche Gebiete gehörten, für nicht weniger als 1,700,000 Franken. Kilcher benutzte diesen Anlass, um den auf seine Mühle lautenden Rentenbrief zurückzukaufen. Er bezahlte aber nicht nur den Nominalwert von Fr. 2985. —, sondern nicht weniger als Fr. 5363. 89, wofür ihm am 12. Vendémiaire des Jahres XI der Republik von Kolmar aus durch den „Directeur de l'enregistrement et du domaine national“ Quittung erteilt

wurde. Möglicherweise sind darin verfallene Zinsen (arrérages) inbegriffen.

Schon bevor in den Jahren 1797 und 1798 auch die südlichen Teile des Fürstbistums Basel der französischen Republik einverleibt wurden, war man zu Auffassungen gelangt, die mit den radikalen Tendenzen des Konventes nicht mehr im Einklang standen. Insbesondere waren es die Finanzbehörden, die eine mehr konservative Ansicht vertraten und mehrmals Entscheide fällten, wonach die Abgaben, die von Erblehen im ehemaligen Fürstbistum Basel und im Lande Pruntrut herrühren, als blosse „rentes foncières“ zu behandeln und daher noch zu entrichten seien. Auch die Gerichte entschieden teilweise nach diesem Grundsatz; immerhin scheint die Praxis eine schwankende gewesen zu sein. Dagegen behauptete der Staatsrat, dass die ihm vorgelegten Originaltitel alle Merkmale der Feudalität tragen, und führt als solche besonders die Lehensübertragung, die Bestimmungen über Verwirkung, die ewigen Abgaben und den Ehrschatz an, Merkmale, die sich gerade in den für die Wasserwerke ausgestellten Erblehenbriefen regelmässig finden. Es dauerte aber nach der Vereinigung des gesamten Fürstbistums mit Frankreich noch über ein Jahrzehnt, bis dieser Prinzipienstreit entschieden war, und zwar geschah dies durch persönliches Eingreifen des Kaisers Napoleon. Am 13. April 1809 erklärt er seine Zustimmung zu der Ansicht des Staatsrates: „Que les Emphithéoses existantes dans le ci-devant Evêché de Basle et dans le pays de Porrentruy, et auxquelles se rapporte la décision ministérielle du 23 Floréal An 11, — sont comprises dans l'abolition de la féodalité.“

Dieser Beschluss scheint nun allerdings durchgreifend, hatte aber in Wirklichkeit eine Unmenge von neuen Streitigkeiten zur Folge, die sich hauptsächlich um die Fragen drehten, wie es zu halten sei mit den rückständigen Zinsen, den „arrérages“, und den Rentenbriefen, die

durch „transferts“ vom Staat an Private verkauft worden waren. Hierüber wurden neue Gutachten eingeholt und es war wieder der Kaiser Napoleon, der in Zustimmung zu den Anträgen des Staatsrates am 23. September 1810 einen Entscheid fällte, der folgenden Wortlaut hat:

„1. Que tous paiements faits avant la promulgation de l'Avis du Conseil d'Etat, approuvé par Sa Majesté le 13 avril 1809, par les Emphytéotes du ci-devant Evêché de Bâle et du pays de Porrentruy, soit à l'administration des domaines, soit aux porteurs de transferts, tant pour l'extinction ou le rachat des rentes qui se trouveraient entachées de féodalité, aux termes de cet avis, que pour les arrérages échus, doivent être considérés comme définitivement acquis, et qu'il n'y a lieu ni à restitution, ni à remplacement des rentes par de nouveaux transferts.

2. Que les stipulations de garantie, qui pourraient avoir été souscrites par des porteurs de transferts envers les emphytéotes desquels ils ont reçu des paiements, ne donnent pas droit à une action particulière de la part des emphytéotes et que l'administration doit être autorisée à intervenir dans les instances qui auront lieu à ce sujet, afin d'en faire cesser l'effet.

3. Que toutes soumissions ou obligations de payer, soit les capitaux, soit les arrérages, souscrites par les emphytéotes, doivent être regardées comme nulles et non avenues; sauf aux porteurs de transferts envers lesquels il aurait été souscrit de semblables soumissions ou obligations, à demander des remplacements, dans le cas où les dites obligations n'auraient pas été acquittées avant la promulgation du présent avis, et après que les demandes auront été examinées par le Ministre des Finances.

4. Que dans tous les cas, où il a été passé entre les débiteurs et les créanciers des transactions sur procès, au sujet des dites rentes, ces transactions doivent recevoir leur pleine et entière exécution.

5. Relativement aux jugements passés en force de chose jugée, qui ont condamné des emphytéotes à servir les redevances dont il s'agit, que l'Etat doit renoncer, pour ce qui le concerne, au bénéfice des dits jugements.

Qu'à l'égard des porteurs de transferts qui en auraient obtenu contre les emphytéotes, il ne doit y être donné suite qu'autant que les dits jugements auraient décidé que ces redevances n'étaient pas entachées de féodalité.

Et dans le cas où les jugements obtenus par les porteurs des transferts n'auraient pas statué positivement sur la question

de féodalité, qu'il ne doit y être donné aucune suite, sauf aux porteurs de transferts à demander des remplacements, en adressant à cet effet leurs réclamations au Ministre des Finances.

6. Que le présent avis soit inséré au bulletin des lois.

Pour extrait conforme:

Le Secrétaire général du Conseil d'Etat:

(sig.) J. G. Loaré.

Approuvé, au Palais des Tuileries, le 23 septembre 1810:

(sig.) Napoléon.

Par l'Empereur:

Le Ministre Secrétaire d'Etat:

(sig.) H. B. Duc de Bassano.

Es scheint, dass zur Zeit als dieses Dekret erlassen wurde, nicht nur im Jura, sondern auch in den übrigen Teilen des Département du Haut-Rhin grosse Aufregung herrschte, so dass sich der aus der Schweizer Geschichte wohlbekannte Felix des Portes, damals Baron de l'Empire, membre de la Légion d'honneur und Préfet du Département du Haut-Rhin, veranlasst sah, an die maires seines Departementes ein offizielles Kreisschreiben zu richten „sur les diverses espèces de rentes, et marche à suivre dans les affaires de la nature de celles dont s'agit.“

Dieser Erlass, der nicht nur eine Erläuterung des kaiserlichen Dekretes, sondern auch praktische Ratschläge für dessen Durchführung enthält, kann leider an dieser Stelle nicht abgedruckt werden. Es mag genügen, hier anzuführen, dass die Erläuterung ausführliche Anweisungen gibt, welche Fälle durch die Administrativbehörden, und welche durch die Gerichte zu entscheiden seien.

Bei dem Zusammenbruch der Napoleonischen Herrschaft war die Bereinigung noch nicht vollständig durchgeführt. Eine Wiederherstellung der Lehensverhältnisse, wie sie unter dem ancien régime bestanden hatten, wäre indessen im ehemaligen Fürstbistum Basel so wenig möglich gewesen wie in Frankreich, so dass in die „Erklärung des Wiener-Kongresses, die schweizerischen Angelegenheiten betreffend“ vom 20. März 1815 die Bestimmung

aufgenommen werden musste: „Die Verkäufe der Nationaldomänen bleiben anerkannt und die Feudalrenten und Zehnten können nicht wieder hergestellt werden.“ Dementsprechend findet sich auch in der „Vereinigungs-Urkunde des ehemaligen Bistums Basel mit dem Kanton Bern“ vom 23. November 1815 der Art. 21: „Der Verkauf der Nationalgüter wird gehandhabt, und die Lehensgefälle und Zehnten sollen nicht wieder hergestellt werden.“

Bei der Organisation der bernischen Verwaltung im Jura ergaben sich aber sofort Meinungsverschiedenheiten über die Frage, was unter Lehensgefällen zu verstehen sei. Die Untersuchung hierüber wurde der „Leberbergischen Gesetzgebungskommission“ übertragen, die vorerst das einschlägige Aktenmaterial sammelte und Berichte von Leuten einholte, die mit den Rechtsverhältnissen des neuen Kantonsteils genau vertraut waren. Die Kommission konnte sich aber nicht einigen und reichte der Regierung drei verschiedene Gutachten und Projekte zu einem Dekret ein. Eine vierte Meinung wurde vertreten von den neugewählten Vertretern des leberbergischen Kantonsteils im Grossen Rate.

Die eingelangten Gutachten und Vorschläge wurden vom Kleinen Rate sorgfältig geprüft. Dabei gelangte er zu neuen Vorschlägen, die sowohl von denjenigen der Gesetzgebungskommission, als der leberbergischen Grossräte abweichen. Der grosse Rat erklärte seine Zustimmung und erliess am 13. Juni 1817 ein Dekret, das folgenden Wortlaut hat:

„In Betrachtung Unserer feyerlichen Verheissung im 21sten § der auf die Urkunde des Wiener-Congresses gegründeten Einverleibungsurkunde, welche den grössten Theil des ehemaligen Bisthums Basel mit dem Canton Bern vereinigt, und Willens, die in den obgenannten Urkunden ausgesprochene Verpflichtung, die Lehensgefälle nicht wieder herzustellen, treulich zu erfüllen;

In Betrachtung ferner, dass in Folge der genauesten Untersuchungen über die Natur dieser Gefälle und über die Anstände, die sich zwischen ihren Besitzern und Schuldern erheben,

es allein dem Civil-Richter zukommen könne, über solche Streitigkeiten abzusprechen, und dass nach den Verfügungen obbemeldeter Urkunden, über diesen Gegenstand keine gesetzgebende Auslegung statt haben kann;

haben Wir v e r o r d n e t und v e r o r d n e n , was folgt:

1. Alle Lehen- und Erbzins-Gefälle, die ehemals dem Fürst-Bischof und den abgeschafften Corporationen zu entrichten waren, bleiben aufgehoben.

Beybehalten sind indessen diejenigen Erbzinse, welche jetzt noch bestehenden frommen oder milden Stiftungen gegeben worden sind.

2. Jede Streitfrage über die Natur der Erbzins-Gefälle, betreffe sie solche, die laut Inhalt der Urkunde des Wiener-Congresses und der Einverleibungs-Urkunde abgeschafft sind oder nicht, soll vor die gewöhnlichen Civil-Gerichte gebracht werden, die aus Richtern bestehen, welche bey Gefällen dieser Art durchaus kein Interesse haben, um von diesen nach den jetzt bestehenden daherigen Gesetzen beurtheilt zu werden.

3. Jede solche Streitfrage (deren Prozessform übrigens durchaus summarisch seyn soll), die nicht am 1. July 1818 wird vor dem Richter anhängig gemacht worden seyn, ist von da an als unzulässig erklärt.

4. Partikular-Verträge, welche erst nach der Vereinigung des Landes mit Frankreich, zwischen berechtigten und verpflichteten Partheyen, über dergleichen streitig gewordene Fragen abgeschlossen worden sind, behalten ihre Rechtsgültigkeit und sollen gehandhabt werden.

5. Der Rückkauf der Gefälle, die als blosse, nicht lehensrechtliche Grundzinse anerkannt, und als solche beybehalten sind, ist gestattet und zwar nach der Schatzung und dem Werthe, welchen die jetzt im alten Canton bestehenden Gesetze bestimmt haben.

6. Der Schuldner der beybehaltenen Gefälle bleibt mit der Entrichtung der gewöhnlichen und der ausserordentlichen Abgaben beladen, wenn ihm der ursprüngliche Titel dieselben ausdrücklich auferlegt. Im entgegengesetzten Falle hat der Gläubiger den Abzug des fünften Theils vom jährlichen Gefälle zu tragen, oder selbst alle Abgaben zu bezahlen.

7. Die Clauseln und Conventionen, welche in den ursprünglichen Pachtbriefen der beybehaltenen Gefälle enthalten sind, sollen ihrer Form und Inhalt nach erfüllt werden; jedoch soll die Stipulation der Verwirkung oder der Verlust des Pachtens, allen entgegengesetzten Bedingungen ohngeachtet, nur als comminatorisch angesehen und nur dann wirklich verwirkt

werden, wenn der Richter einen peremptorischen Termin bestimmt und der Schuldner denselben versäumt hätte.

8. Die rückständigen Gefälle können nur von dem 23. Wintermonat des Jahrs 1815, das heisst von dem Tag an gefordert werden, an welchem Wir die Einverleibungs-Urkunde angenommen und bestätigt haben; sie sollen in Geld, auf den Fuss von zwanzig und fünf Batzen für den Kernen das Bern-Mäs, und die übrigen Früchte im Verhältnis bezahlt werden.

9. Unsere Civil-Gerichte erster und zweyter Instanz sollen den Verfügungen des gegenwärtigen Gesetzes nachkommen.

Gegeben in Unserer Grossen Rathsversammlung, Bern den 13. Juny 1817.“

Erst auf der Grundlage dieses Dekretes konnte die Liquidation der Lehenrechte im Berner Jura vollständig durchgeführt werden. Dass einzelne Rechte, bei denen weder die Landeshoheit des Fürstbischofs, noch seine Stellung als Seigneur einzelner Gebiete in Frage kommen konnte, selbst unter der bernischen Verwaltung noch fort dauerten, haben wir schon an dem Beispiel der Mühle in Biel gesehen, die jetzt Fritz Hanauer gehört und deren Lehensabgaben an den Staat Bern erst im Jahre 1843 losgekauft wurden.

Es ist hier nun noch die Frage zu beantworten, in welcher Form zur Zeit der französischen Herrschaft ein Recht zur Anlage eines neuen Wasserwerkes erteilt wurde. Auch hiefür haben wir genügende Anhaltspunkte. Aus dem nachfolgenden Beispiel mag hervorgehen, dass dabei in ganz gleicher Weise verfahren wurde, wie sie noch heute in Frankreich bei der Erteilung einer Wasserwerk-konzession üblich ist. Form und Verfahren sind seit einem Jahrhundert durchaus gleich geblieben:

Extrait des Registres des Délibérations du Gouvernement de la République, Paris le 21 Nivose an 12 de la République.
(12. Januar 1804.)

Le gouvernement de la République sur le rapport du Ministre de l'Intérieur

Vu la Pétition de la Dame veuve d'Ursanne Fleury tendante à être autorisée à établir un martinet de taillanderie sur sa

propriété, le long du ruisseau dit du Pré sur l'eau, Commune de Burrignon, Département du Haut-Rhin,

Les observations faites le 29 Ventose an 10 par le citoyen Binninger, tant en son nom, qu'en celui des citoyens Meiner et Borneque propriétaires d'un fourneau sur le ruisseau de Lucelle,

L'opposition des citoyens Girardin et Jeannerat en date du 4 Germinal suivant,

Vu le rapport de l'Ingénieur de l'arrondissement en date du 27 Prairial et le plan des lieux,

L'arrêté du Préfet du Département en date du 18 Messidor an 10,

La réclamation des citoyens Girardin et Jeannerat contre le dit arrêté, et en marge, l'arrêté du Conseil de Préfecture qui ordonne une nouvelle visite de local,

Le procès verbal de la visite faite en conséquence de l'arrêté ci-dessus et l'avis de l'Ingénieur en Chef du 4 Messidor an 11,

L'arrêté du Conseil de Préfecture en date du 17 Thermidor suivant, qui autorise la construction de l'établissement projeté, à la charge par la veuve d'Ursanne Fleury de se conformer aux mesures précautionnelles indiquées par les Ingénieurs,

L'avis de l'assemblée des Ponts et Chaussées en date du 9 Fructidor dernier,

Le Conseil d'Etat entendu, Arrête:

Art. 1er. L'arrêté du Conseil de Préfecture du Département du Haut-Rhin du 17 Thermidor dernier, par lequel la Dame veuve d'Ursanne Fleury, est autorisée à construire un martinet de taillanderie sur sa propriété, le long d'un ruisseau dit du Pré sur l'eau dans la commune de Bourrignon, est approuvé.

Art. 2d. Le rapport des Ingénieurs et plan du local seront déposés avec le procès verbal de réception des ouvrages au Secrétariat de la Préfecture, et une expédition des dites pièces aux archives de la municipalité de Bourrignon, afin d'y avoir recours au besoin.

Art. 3e. Dans aucun tems, et sous aucun prétexte il ne pourra être prétendue par la Dame Fleury ou ceux qui la représenteront aucune indemnité, chômage, ni dédomagement, par suite des dispositions que le Gouvernement jugerait convenables de faire pour l'avantage de la Navigation, du Commerce ou de l'Industrie sur le cours d'eau où sera établi la dite usine, même en cas de démolition.

Art. 4e. Le Ministre de l'Intérieur est chargé de l'exécution du présent arrêté.

War die Bewilligung zur Errichtung eines Wasserwerkes einmal erteilt, so musste aber der Inhaber noch eine Erlaubnis zum Betriebe haben. Diese wurde ausgestellt durch ein Patent, das beinahe die Form des bernischen Gewerbescheins hat, wie aus dem nachfolgenden Beispiel hervorgeht:

Département
du Haut-Rhin
Arrondissement
de Delémont
Commune
de Courchapoix

Patentes de l'an 11.

Mairie de Courchapoix.

Commune de Courchapoix, dont la population est de Deux Cent quarante âmes.

Bon pour l'an onze de la République.

Les Patentes doivent
être délivrées sur papier
du timbre de 75 centimes.

Le Maire de la Commune
de Courchapoix sur la déclaration à lui faite par le citoyen Pierre Broquet meunier

ayant son principal domicile dans cette commune, qu'entend exercer la profession de meunier, et sur la présentation de la quittance à lui délivrée le quatre Pluviose courant par le citoyen Joseph Frund, Percepteur des contributions directes; de laquelle il résulte qu'il a payé les trois douzièmes échus du Droit de Patente.

Lui a en conséquence délivré la présente Patente au moyen de laquelle pourra exercer pendant l'an 11 la profession de Meunier sans trouble ni empêchement, en se conformant aux lois et aux réglemens de police. Et a le dit citoyen Pierre Broquet Meunier signé sur la présente.

Fait à Courchapoix le dix Pluviose an onze de la République.

Sceau
de la Commune

Le Maire de la Commune
de Courchapoix.

(Signature du
Requérant)

Die Patentabgaben, die übrigens auch von den alten Wasserwerken verlangt wurden, waren nicht gerade hoch und richteten sich nach der Grösse des Betriebes. Ein vollständiges Verzeichnis aus den Freibergen, das noch erhalten ist, zeigt Abstufungen zwischen Fr. 5.25

und Fr. 19.95. Sie wurden abgeschafft nach den Bestimmungen von Art. 23 der Vereinigungsurkunde vom 23. November 1815. Dagegen lässt sich nachweisen, dass der Wert der Wasserkraft regelmässig bei dem Ansatz der Grundsteuer in Berechnung gezogen wurde.

Nach der Vereinigung des Fürstbistums Basel mit dem Kanton Bern wurden die Bewilligungen zur Errichtung neuer Wasserwerke ganz gleich erteilt wie für den alten Kantonsteil, so dass ich hiefür auf meine „Beiträge zur Geschichte des Wasserrechtes im Kanton Bern“, die im Jahre 1909 in der Zeitschrift des bernischen Juristenvereins erschienen sind, verweisen kann.

